

# SOZIALISTISCHE CORRESPONDENZ

54

DW 1.--

26.9.1970

## Der Hafenarbeiterstreik in Rotterdam

(Vorläufiger Bericht)

Seit Ende August streiken die Hafenarbeiter von Rotterdam. In der deutschen Presse konnte man nur lesen, daß der ganze Hafen stillgelegt sei und später, daß sich eine Gruppe, "Arbeitermacht", gebildet habe und den radikalen Kern des Streiks bilde. Aus der holländischen Presse konnte man jeden Tag entnehmen, der Streik sei am Zusammenbrechen und "morgen" werde wieder gearbeitet. Wer ist Arbeitermacht? Wessen und welche Forderungen vertritt sie? Warum konnte der Streik so gewaltige Ausmaße annehmen, warum konnte er nicht auf Amsterdam übergreifen?

### 1. HISTORISCHER UND POLITISCHER HINTERGRUND

Die CPN, Kommunistische Partei der Niederlande, ist traditionell nur im Amsterdam-Stadt stark und auch dort nur im alten Hafen, bezeichnenderweise aber nicht in der nach dem 2. Weltkrieg aufgebauten Chemieindustrie. Weitere Stützpunkte hat die CPN in den industriell rückständigen

### INHALT

Hafenarbeiterstreik in Rotterdam	1
Presseerklärung zum Bobby-Seale-Prozeß	7
Dokumentation zu den 'Cahiers de Mai':	
- Entwicklung der 'Cahiers'	7
- Die politische Rolle der Untersuchung	10
- BERLIET: Die Machtprobe und ihre Gründe	17
- BERLIET: Antwort der Arbeiter auf die Gewerkschaften	19
Internationales Seminar in Florenz	23
Pilkington-Streik	25

und überhaupt unterentwickelten Gebieten, vornehmlich in Groningen. Sie betreibt die Politik der vollkommenen Unterordnung unter die Gewerkschaften. Die Parteispitze hat keinerlei Kontakt zu den Arbeitern. Eine Ausnahme bildet nur der kommunistische Propagandist und Einzelkämpfer Fré Meis. Er ist nicht nur in Amsterdam populär, wo er - erfolglos - versuchte, die CPN in Betriebszellen zu reorganisieren. Im ganzen Land spricht man vom "Fré-Meis-Effekt": wo er auftaucht, erreiche die CPN einen Wahlsieg. Dieser legendäre Genosse wurde später von der Partei nach Groningen geschickt, um dort den Aufbau der Partei zu betreiben; man sagt, er sei in Amsterdam der CPN-Führung zu gefährlich geworden. Fré Meis war es auch, der am 8. September von der Partei nach Rotterdam geschickt wurde, um die "Spaltung" der Arbeiter zu verhindern und sie auf eine "einheitliche" Forderung zu einigen.

Die Gewerkschaften. Den größten tarifpolitischen Einfluß haben die beiden christlichen zusammen mit der sozialdemokratischen Gewerkschaft. Noch in den ersten Nachkriegsjahren hatte in Amsterdam und Rotterdam die stärkste Gewerkschaft noch einen hervorstechenden anarchosyndikalistischen Charakter. Ihre Verankerung in den Massen war begründet im Widerstand ihrer Kader gegen die deutsche faschistische Besatzung. 1948 wurde sie mit der sozialdemokratischen Gewerkschaft "vereinigt": die CPN hatte an Einfluß in der Führung dieser Gewerkschaft gewonnen, schließlich ein Komitee zur Beratung über eine Fusion bilden können und

zuletzt war auch nur die CPN in diesem Komitee vertreten. Die Anarcho-Syndikalisten waren ausgetrickst. Die herrschenden Gewerkschaften stehen seit langem, länger als in der BRD, voll hinter der staatlichen Politik der Lohngleitklauseln. Im Streik von Rotterdam stellten sie sich ganz offen hinter die Politik der Regierung.

Die Regierung versucht im Rahmen ihrer gegenwärtigen Konjunkturpolitik, die Steuern auf Löhne und Gehälter zu erhöhen. Die Mieterhöhungen betragen im letzten Jahr 12 Prozent. Die letzte große Lohnerhöhung im Hafen von Rotterdam hat es 1963 gegeben - nach einem Streik. Seitdem werden die 'Lohnerhöhungen' über die Lohngleitklausel abgewickelt; sie betragen jährlich etwa 2-4 Prozent und bleiben damit absolut hinter der schleichenden Inflation auf dem Konsumgütermarkt zurück.

KEN, Kommunistische Einheitsbewegung der Niederlande, ist eine CPN-Abspaltung der frühen 60er Jahre. Sie entstand aus einer anti-chruschtschowistischen, stalinistischen Fraktion der Partei. Zuerst bestand sie hauptsächlich aus Arbeitern; die oppositionellen Intellektuellen hatten die Partei entweder schon vorher verlassen, um die sog. Pazifistische Sozialistische Partei aufzumachen (ein typisches anti-kommunistisches Produkt des Kalten Kriegs) - oder sie waren ausgeschlossen worden und hatten sich in die 'innere Emigration' begeben. In letzter Zeit setzten sich im KEN die Mao-Tse-Tung-Ideen durch und ein verstärkter Zustrom von Studenten setzte ein. Organ des KEN ist die

#### REDAKTION / ABONNEMENTS

Herausgeber und Redaktion: Betriebsprojektgruppe, Kommunistische Gruppe, Pädagogen-Gruppe, Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), Stadtteilgruppe Roter Gallus

Redaktionsanschrift: (keine Einschreib-, Paket- oder Geldsendungen!) Sozialistische Correspondenz 6000 Frankfurt/Main 1 Postfach o.Nr.

Die "Sozialistische Correspondenz" erscheint vorerst vierzehntägig. Der Preis beträgt einheitlich DM 1.--

(Doppelnummer: DM 2.--) im Abonnement und in den Buchhandlungen. Bei Abonnements sind mindestens DM 10.-- zu überweisen. In den Städten mit linken Buchhandlungen bitte die SC dort kaufen, damit sich unsere Versandarbeiten in Grenzen halten.

Bestellungen nur noch durch Vorauszahlung auf unser Postscheckkonto Frankfurt 3131 45 Kontobezeichnung "Thomas Schmid Sonderkonto Sozialistische Correspondenz".

Druck: Eigendruck, Steinbach  
Verantwortlich für diese Nummer:  
Meino Büning

Rote Tribune. Diese war zunächst theoretisch aufgemacht; jetzt wird sie in ein Forum umgestaltet, in dem durch Interviews und Reprtagen die Forderungen und Ansprüche der Arbeiter direkt zum Ausdruck kommen sollen.

(Das entspricht etwa dem, was die 'Cahiers de Mai' als Untersuchungsarbeit fassen.) Die Jugendorganisation von KEN ist die Rote Jugend. KEN arbeitet heute eng mit dem MLS, den marxistisch-leninistischen Studenten Hollands zusammen. Die genaue organisatorische Beziehung zwischen KEN und MLS blieb uns unklar.

## 2. AKTUELLE SITUATION VOR STREIKBEGINN

Im Hafen von Rotterdam herrscht, im Gegensatz zu Amsterdam, großer Arbeitskräftemangel. Nach dem EWG-Entwicklungsplan soll Rotterdam das neue holländische Industriezentrum werden; Amsterdam wird ganz zur Verwaltungs- und Beamtenstadt gemacht. In Rotterdam wird beispielsweise eine neue Hochofenanlage gebaut, während die alte von Amsterdam allmählich stillgelegt wird. Daraus erklärt sich auch die starke Macht der 'Koppelbazen' in Rotterdam, im Gegensatz zu Amsterdam. Die 'Koppelbazen' entsprechen etwa den gewerblichen Arbeitsvermittlungsbüros, die Arbeitskräfte für eine begrenzte Zeit an wechselnde Firmen verkaufen. Sie Arbeiter, die von den Koppelbazen nach Rotterdam geschickt werden, sind weitgehend alte oder ehemalige Bauern aus den Dörfern von Brabant. Sie erhielten bis zu 40 % mehr Lohn als den Arbeitern geschickt wird, die fest bei den verschiedenen Hafenbetrieben angestellt sind. Ein Arbeiter der letzten Gruppe, verheiratet und mit zwei Kindern, bekommt im Schnitt 150 Gulden pro Woche ausbezahlt (1 Gulden = 1 DM)! Die Rationalisierungen in den Werften und bei den Lösch- und Verladegesellschaften haben dazu geführt, daß die Gruppen von Arbeitern, die unmittelbar im Arbeitsprozeß zusammenkommen, immer kleiner und daß die Arbeit selbst immer härter wird.

Gruppen unterer Gewerkschaftskader (besonders KEN und CPN) bereiteten nun schon seit längerer Zeit eine Agitation unter den Hafen und Werft-(Metall)-Arbeitern vor. Ihr mittelbares Ziel war: sich gegen die Ge-

werkschaftsspitze einen Handlungsspielraum zu verschaffen, der späterhin die Möglichkeit einer 'sozialistischen' Politik in den Gewerkschaften eröffnen sollte. Der Inhalt ihrer unmittelbaren Agitation war: 25 Gulden netto pro Woche. Zur gleichen Zeit wurde auch schon die Extra-Ausbeutung durch die Koppelbazen thematisiert. Das war aber zunächst gefährlich: Einerseits war allen Arbeitern klar, daß "Geld da ist", denn die Hafenbetriebe konnten ja der tagweisen Arbeitskraft einen relativ sehr hohen Lohn bezahlen. Andererseits brachte aber die 25-Gulden-Forderung eine latente Spaltung der Arbeiterklasse nur deutlicher ans Licht: die von den Koppelbazen Angeheuerten hatten unmittelbar gar kein Interesse sich für die 25 Gulden stark zu machen: Sie bekamen im Augenblick mehr Geld auf die Hand.

Die Präsenz der CPN als Partei war in der Streikvorbereitung null. Erstens hatte die CPN von sich aus gar kein strategisches Interesse an einem Streik. Zweitens sind aus vielerlei Gründen die Rotterdamer Arbeiter nicht kommunistisch organisiert; z.B. weil dort noch die Tradition des Anarchosyndikalismus lebendig ist, z.B. weil es keine 'organisch tradierten' kommunistischen Stadtteile mehr geben kann, denn Rotterdam wurde ja im Krieg ganz zerstört.

## 3. DER STREIK

Der Streik brach zunächst, in der letzten Augustwoche als wilder Streik in einigen Werft-Betrieben (Metall) aus. Nach wenigen Tagen konnten die Arbeiter einen Teilsieg erringen und gingen wieder zur Arbeit. Inzwischen hatte sich der Streik auf den Hafen von Rotterdam ausgebreitet. Der Streik soll, am 28. August, spontan von zwei Kranführern begonnen worden sein, die die Kranen hochstellten (das traditionelle Zeichen für eine Arbeitsniederlegung). In weniger als einer Stunde lag der Hafen still. Die KEN hatte zu diesem Zeitpunkt zwar nur ganz wenige Leute im Hafen und war auf den Streik ebenso wenig vorbereitet wie die Gewerkschaften, sie konnte jedoch das entstandene Machtvakuum (d.h. auch Schwäche der CPN) ausnutzen.

Die erste Forderung der Arbeiter, auf einer spontanen Streikversammlung vertreten, hieß: 25 Gulden netto. Die Gewerkschaft schwenkte in den nächsten Tagen ein auf 25 Gulden - brutto! Das wären ca. 17 Gulden netto gewesen, oder, bei einmaliger Vorauszahlung bis zum 31. 12., sogar noch weniger, denn bei einmaliger Auszahlung hätten sich die Steuern progressiv erhöht. Diese Forderung wurde von den Arbeitern in sehr kurzer Zeit völlig abgelehnt; die Gewerkschaft war nicht in der Lage, eine Spaltung herbeizuführen. Von dem Tag an wurde sie immer deutlicher als Feind realisiert, der auf der gleichen Seite steht wie Presse und Regierung.

Die Not der CPN war natürlich groß. Sollte sie 25 brutto fordern wie die Gewerkschaft oder 25 netto wie die Arbeiter am ersten Tag? Nach einigen Tagen entschied sie sich für 25 netto, vertrat aber diese Forderung nur in ihrer eigenen Parteipresse und fast gar nicht in Flugblättern gegenüber den Arbeitern. Durch diese offenen richtungslose Haltung wurden viele der wenigen kommunistisch organisierten Arbeiter zunächst ganz unsicher, verloren dann die Reste ihrer Loyalität gegenüber der Partei und schlossen sich wenige Tage später der Arbeitermacht an. Inzwischen war die Forderung der bewußtesten Arbeiter schon ganz wo anders: bei 75 Gulden netto!

Am Freitag hatte der Streik begonnen; am Dienstag riefen KEN-Leute auf einer öffentlichen Streikversammlung zur Bildung eines Streikkomitees auf: Arbeidersmacht wurde gegründet, - etwa nach dem Vorbild der Mijnerwerkersmacht im Limburger Kohlenstreik vom Jan./Feb. 1970. Auf Mijnerwerkersmacht wurde in der Gründungsversammlung von Arbeitermacht auch ausdrücklich Bezug genommen. Die erste Forderung von Arbeitermacht war: 75 Gulden netto pro Woche. KEN-Leute erklärten uns, diese Forderung sei spontan in den Diskussionen der Arbeiter untereinander laut geworden, und zwar nach einer von ihnen angestellten Budget-Rechnung dessen, was eine vierköpfige Familie mindestens braucht, um leben zu können. Auch sie selber, nicht nur viele andere Arbeiter und die Presse, seien von dieser Forderung (50 Prozent mehr Lohn!) wie vor den Kopf gestoßen gewesen,

Ab diesem Tag hat die Arbeitermacht (unter Führung von KEN) den Streik tatsächlich geführt. Die politische Bewegung unter den Streikenden wurde in der ersten Woche durch zwei Massendemonstrationen, mehrere große Streikversammlungen und tägliche Flugblattkampagnen hergestellt. Die 75-Gulden-Forderung wurde zum Focus der Agitation gemacht. An ihr mußte sich das Kampfbewußtsein ausbilden und bewähren. Diese Lohnforderung muß auch den für sie eintretenden und mit ihr erst innerlich sympathisierenden Arbeitern so 'ungeheuerlich' erschienen sein, daß, wer sie schließlich vertrat, auch das Bewußtsein entwickeln mußte: Der Erfolg des Streiks hängt ganz allein von unserer Kampfkraft ab.

Die 75-Gulden-Forderung hatte noch eine weitere, unmittelbar einheitsbildende Funktion: Sie war auch für die tagweise über Koppelbazen angeheuerten Arbeiter unmittelbar attraktiv: Würden die Festlöhne um 75 G. angehoben, wäre das mehr als das, was sie bisher im besten Fall ausgezahlt bekommen hätten.

Zwei weitere Forderungen wurden von der Arbeitermacht aufgebracht und vertreten: 1. Pensionsalter 60 Jahre. Diese Forderung sollte besonders die vielen alten Pendler aus dem Brabant (frühere Kleinbauern) in den Streik hineinziehen. 2. Verstärkung der Verladegruppen. Damit sollte unmittelbar der Arbeitsprozess zum Gegenstand der politischen Agitation gemacht werden. Das ist aber, soviel wir erfahren haben, kaum geschehen. Auch wurde die Möglichkeit eines internen Streiks (Besetzung) offenbar nicht diskutiert. Als Grund dafür gaben KEN-Leute an: Die einzelnen Verlade-Betriebe sind zu klein; es könnten keine Massen von Arbeitern zusammenkommen; Streikposten und tägliche Massenversammlungen sind im Moment politischere Instrumente.

Rolle der Studenten: Arbeitermacht und KEN-Studenten richteten im Stadtzentrum in der Nähe des Arbeitermacht-Streik-Lokals eine Zentrale für technische Hilfe der Studenten ein. Diese beschränkte sich auf: Flugblatt-Druck, überregionale Geldsammlungen, Essen und Kurierdienst für die Streikposten.

Rolle der Frauen: Die naturwüchsige

Rolle der Frau des Arbeiters im Streik wird von KEN zunächst als die des Streikbrechers charakterisiert: Die Frau sitzt daheim, das Geld wird knapp, Fernsehen und Presse melden pausenlos, der Streik sei zu Ende und nur mehr ein paar Radikale von der Arbeitersmacht wollten mit Gewalt die Arbeitsaufnahme verhindern. Der Mann kommt heim vom Streik, vielleicht es er auch gleich daheim geblieben - auf jeden Fall muß er sich ihre Klagen anhören .... Diese lähmende Situation sollte, und konnte bis zu einem gewissen Grad, dadurch überwunden werden, daß die Agitation für die Streikziele direkt in die Arbeiterwohnviertel getragen wurde. In der zweiten Streikwoche, am 8.9., wurde mit den ersten Frauen der Streikenden eine Organisationszentrale "Arbeiterfrauenmacht" gebildet. Über ihre wirkliche Arbeit und Programmatik können wir hier noch nicht berichten, weil wir an diesem Tag unsere Untersuchung abschließen mußten.

Presse: Eine der größten Gefahren vom ersten Streiktag an war das konzertierte Vorgehen der Presse. Auch hier konnte im Streik selbst der Prozess des Erkennens der Feinde auf Massenebene vorangetrieben werden: Erstens durch die Art der Behandlung von Journalisten durch die Streikposten; sie wurden massiv mit dem Streik konfrontiert und mußten ihre Erfahrungen schließlich in die Redaktionen zurücktragen. Zweitens durch das Auftreten von Arbeitermacht-Vertretern im Fernsehen; sie sollten dort von Journalisten interviewt werden, aber sie drehten den Spieß herum und wandten sich unmittelbar an die Zuschauer, ohne von den Fragen der völlig perplexen Journalisten überhaupt Kenntnis zu nehmen.

Maßnahmen der Regierung: Für sie sind selbst 25 Gulden netto eine unerfüllbare Forderung. Unerfüllbar, weil offenbar auch der Regierung klar ist, daß dieser Erfolg im Rotterdamer Hafen der Ausgangspunkt einer Welle von Lohnforderungen und Streiks im ganzen Land wäre. Am Ende der ersten Streikwoche drohte sie die Ausrufung des Notstandes und die Besetzung des Hafens mit Militärgewalt an. Das hatte eine Welle der Empörung und verstärkten Solidarität unter den Arbeitern zur Folge. Die Regierung

hat keine Anstalten gemacht, diese Drohung wahr zu machen.

Maßnahmen der CPN: Erfolgreicher als Regierung und Gewerkschaften war die CPN. Am 8.9. schickte die Partei ihren legendären Einzelkämpfer Fré Meis mit einer ganz revolutionären Losung nach Rotterdam. Mit der Forderung von 37,5 Gulden (= 25 Gulden netto!) sollte er die Arbeiterklasse vereinigen, der 'Spalterei' durch KEN ein Ende setzen und den Streikenden ihren gerechten Lohn geben. Zu der von Fré Meis einberufenen Versammlung im Hafen kamen über 3.000 Arbeiter. Die wahren politischen Umstände des Ausgangs seiner Mission sind uns noch nicht bekannt. Nach einer Meldung der FAZ vom 16.9. soll der Streik mit 25 Gulden brutto (!) an diesem Tag so gut wie beendet worden sein. Höchstwahrscheinlich ist es damit doch dem Eingreifen der CPN zu verdanken, daß der Streik ausgehungert wurde oder gerade ausgehungert wird.

#### 4. WARUM KEIN STREIK IN AMSTERDAM ?

Am Montag nach dem Streikbeginn in Rotterdam solidarisierten sich die Amsterdamer Hafenarbeiter mit dem Streik. Der Hafen wurde einen Tag lang fast vollständig bestreikt. Dieser Solidaritätsstreik ist von den unteren CPN-Kadern des Hafens aufgebaut worden. Auf einer Massenversammlung vertrat die CPN-Führung wohl oder übel die 25-netto-Forderung. In Wirklichkeit konnte noch wollte sie irgendetwas zu ihrer Realisierung tun. Sie war fest auf Gewerkschaftskurs. Die Arbeitersmacht schickte tags darauf, gleich nach ihrer Konstituion, Delegierte nach Amsterdam. In Unkenntnis des politischen Bewußtseins unter den dortigen Arbeitern und ohne den tatsächlichen CPN-Einfluß im Hafen von Amsterdam zu beachten, forderten diese Delegierten sofort die 75 Gulden. Es gelang den CPN-"Freigestellten" leicht, diese Forderung als utopistisch und die Delegierten als "Studenten" zu diffamieren. Als dann wurden die Arbeiter in ihrer Ein-Tages-Solidarität beruhigt. Kleinere revolutionäre Gruppen von Studenten aus der früheren Studentenbewegung von Amsterdam sind jetzt in Diskussionen und praktischen

Vorbereitungen zum Aufbau von Basisgruppen in den Wohnvierteln der Hafnarbeiter begriffen. Einiges Ansehen, besonders unter den Arbeiterjugendlichen und den Familien der Arbeiter genießen die Kabauter von Amsterdam, die seit längerer Zeit intensive Stadtteilarbeit betreiben (Besetzung von Häusern, Aufbau von Spielplätzen etc. in den Arbeitervierteln, Jugendarbeit usw.)

## 5. VORBEREITUNG EINER STREIKANALYSE

Jetzt können die Fragen gestellt werden, die der Gegenstand einer politischen Analyse des Streiks von Rotterdam und seinem Ende sein müssen:

+ Welche Funktion hatte die 75-Gulden-Forderung in der Bildung von Klassen- und Kampfbewußtsein? Wie weit wurde durch sie der 'Lohn-Schleier' des Kapitalverhältnisses zerrissen? Diese Forderung ist für das verdinglichte Bewußtsein ja so 'ungeheuer' hoch und unwirklich, daß sie sehr wohl geeignet sein kann, den ideologischen Zement aller Lohnforderungen ein Stück weit aufzulösen: daß es 'gerechte' Lohnerhöhung überhaupt nicht geben kann und daß der Lohn eine 'gerechte' Bewertung der Arbeit nie zum Ausdruck bringen kann.

+ Wie stark konnte im Streik wirklich das Bewußtsein verankert werden, daß es nur die eigene Kampfkraft ist, auf die sich die Arbeiter verlassen können?

+ Bis zu welchem Grad wurde der Prozeß "die Feinde erkennen" vorangetrieben? Wie erscheinen nach dem Streik die CPN und die Gewerkschaften im Bewußtsein? Erscheinen die Gewerkschaften auch nach dem Streikende noch als Abwiegler, oder konnten sie die Reste ihres vorher schon lädierten Images wiederherstellen?

+ Wie wirkt sich das Ende des Streiks auf das Vertrauen aus, das Arbeitersmacht bei den Hafnarbeitern genoß? Wie sehr schlägt die vermutliche Niederlage gegen Arbeitersmacht zurück?

6 + In welcher organisatorischen Form und mit welchem politischen

Programm arbeiten KEN und Arbeitersmacht nach dem Streik weiter? Werden sie auch nachträglich die 75-Gulden-Forderung politisch aufrechterhalten und begründen? Existiert in diesen Avantgarde-Gruppen ein Bewußtsein von der permanenten Durchbrechung des Lohn-Schleiers im Lohnkampf? + Welche Rolle spielte die Frauen-Arbeitersmacht tatsächlich nach dem 8.9.? Arbeitet sie auch nach dem Streik weiter?

+ Welche Rolle spielte die CPN in der Beendigung des Streiks? In Rotterdam ist im Streik tatsächlich ein Bewußtsein entstanden bei vielen Arbeitern, das sich in der Überraschung ausdrückte: "Eigentlich bin ich ja Kommunist." Dies Bewußtsein ist, anders als in Amsterdam, aber nicht an die CPN gekoppelt.

+ Wie haben die Arbeiter in ihrer Mehrheit die Solidarität der Studenten bewertet? Welche längerfristigen Aufgaben geben sie den Studenten? Welche Aufgaben stellen sich die Studentengruppen selber?

PS:

Ein großer Teil der für Rotterdam bestimmten Schiffe wurde nach Hamburg umgeleitet. Dort wurden ihre Ladungen, wie seinerzeit während des großen englischen Dockerstreiks, bestens geschützt. In Hamburg wurde unter den Hafnarbeitern nicht die Spur einer Agitation betrieben.

(4 Genossen der Betriebsprojektgruppe)



# PRESSEERKLÄRUNG ZUM BOBBY-SEALE-PROZESS

Das Black Panther Solidaritätskomitee ruft alle revolutionären sozialistischen Gruppen und Organisationen in der Bundesrepublik auf, sich an der Vorbereitung und Organisation von Solidaritätsveranstaltungen zum Prozeß gegen Bobby Seale im November 1970 zu beteiligen.

Das Black Panther Solidaritätskomitee hat in einem öffentlichen Brief an die Bundesregierung mitgeteilt, daß Eldridge Cleaver seine Zusage für eine Vortragsreise durch die Bundesrepublik im November erteilt hat. Das Black Panther Solidaritätskomitee hat deshalb die Bundesregierung aufgefordert, Eldridge Cleaver, der vom amerikanischen FBI gesucht wird, für den Besuch diplomatische Immunität zuzusichern.

Das Black Panther Solidaritätskomitee ist sich nach dem Versuch der Bundesregierung im Dezember 1969, die Ein-

reise von Delegationen der Black Panther Partei überhaupt zu verhindern, darüber klar, daß die Immunität für Eldridge Cleavers Reise nur durch organisierten öffentlichen Druck erzwungen werden kann. Das Black Panther Solidaritätskomitee ruft deshalb alle Gruppen und Organisationen der außerparlamentarischen und parlamentarischen Linken auf, in möglichst vielen Institutionen die formelle Einladung Eldridge Cleavers zu bewirken. Wenn Betriebsräte und Schülermitverwaltungen, Fakultäten und Allgemeine Studentenausschüsse, Studentenparlamente und Jugendsprecher eines Betriebes, Gemeinderäte und Vertrauenskörper jeweils Einladungen aussprechen und öffentlich begründen, könnte bereits Teil der Ziele der Solidaritätskampagne: öffentliche weitgehende Isolierung des US-Imperialismus erreicht werden. Das Black Panther Solidaritätskomitee bittet, die Einladungen zur Weiterleitung an Eldridge Cleaver baldmöglichst an unser Büro in 6 Ffm./Main, Adalbertstr. 6 einzusenden.

14. September 1970

BLACK PANTHER SOLIDARITÄTSKOMITEE

## Dokumentation zu den 'Cahiers de Mai'

### ENTWICKLUNG DER 'CAHIERS'

Man kann die Entwicklung der "Cahiers de Mai" in drei Phasen einteilen:

1. Die Nummern 1 bis 7, von Juni bis Dezember 1968.

Wie die Titel der beiden Leitartikel, die diese Phase eingrenzen, bezeugen - "Was man uns vergessen machen will" (Nr. 1) und "Eine Information neuer Art" (Nr. 7) - handelt es sich in dieser Phase vor allem darum, die Wahrheit über die Mai-Bewegung zu sagen, sich direkt

an diejenigen zu wenden, die die Bewegung getragen hatten. Aber über die Absicht hinaus, Informationen zu verbreiten, die von der Basis kontrolliert werden können, wollen die "Cahiers" den einheitlichen Charakter der Mai-Bewegung hervorheben. Im Leitartikel von Nr. 6, "Die neue Trennungslinie in den Organisationen", wird die These entwickelt, daß sämtliche Organisationen, die im Namen der Arbeiterklasse und der Revolution zu sprechen vorgeben, seit dem Mai eine neue Polarisierung kennengelernt haben: zwischen denen, die die Erfolge der Mai-Bewegung weitertrei-

ben, und denen, die sie abwerten wollen. Die "Cahiers de Mai" wollen sich zum Sprachrohr all jener machen, die für die Überwindung der traditionellen Etikettierungen kämpfen, für die Überwindung der Cliquenkämpfe in den Parteien, Gruppen oder Gewerkschaften. Zum ersten Mal wird mit Nachdruck die Existenz unabhängiger revolutionärer Kerne in der Arbeiterklasse behauptet. Gleichzeitig kommt die Organisationsfrage in die Diskussion: eine neue Organisation muß die ganze Kraft der Spontaneität der Massen in sich aufnehmen, ohne sie zu ersticken.

In dieser ersten Phase versuchen die "Cahiers de Mai", in der politischen Information einem neuen Stil zum Sieg zu verhelfen. Sie wollen sowohl den Intellektualismus als auch den Populismus ausschalten. Indem sich die Redaktion bemüht, die Artikel unter der Kontrolle der militanten Gruppen zu redigieren, will sie den Diskussionen der Revolutionäre jene Atmosphäre der Wahrheit zurückgeben, die sie in vielen Fällen aufgrund der Siegesgewißheit der einen, des Dogmatismus der anderen verloren haben.

2. Die Nummern 8 bis 13, von Januar bis Juli 1969.

Die Entwicklung der Zeitung zeigt sich zunächst in einer Veränderung des Formats. Die Erfordernisse des militanten Verkaufs sind vielfältiger geworden und zwingen zu einem großen Format. Die kleinen "Cahiers" werden weitergeführt, jedoch von zunächst vier, später acht großen Seiten eingerahmt, in denen versucht wird, aus größerer Nähe in das politische Leben einzugreifen.

Auch hinsichtlich des Inhalts ist die Veränderung deutlich: "Welcher Linie folgen?" (Nr. 8), "Erste Antworten" (Nr. 10), "Der sozialistischen Alternative den richtigen Ausdruck geben" (Nr. 11). In den Leitartikeln und den

tiefer gehenden Untersuchungen versuchen die "Cahiers", die neuen Ideen zu systematisieren, die in den Massenkämpfen seit Mai 68 aufgekommen sind. Insbesondere in der Nummer 10 zeigen sich die Keime des neuen Programms für die Kämpfe der Arbeiterklasse: die Ablehnung der Lohnhierarchie bei Renault in Mans und die Ablehnung der Arbeitsgeschwindigkeit bei Peugeot in Sochaux.

Im übrigen versuchen die "Cahiers de Mai", der Hoffnung auf ein neues Leben Ausdruck zu geben und sie im Alltag sichtbar zu machen. Zu diesem Zweck nehmen sie die Kritik des Alltagslebens in Angriff, außerhalb des Arbeitslebens selbst. Hierher gehören das Dokument über die Gesundheitsprobleme in l'Hay-les-Roses, der Artikel über den Werkschutz der Unternehmer, der Bericht über den Mieterstreik in London.

In dieser Phase versucht die Zeitung, internationalistisch zu werden, wobei sie die Informationen aus dem Ausland unter denselben Zwang stellt wie die Informationen aus Frankreich: die Kontrolle durch die Basis. So finden der Klassenkampf in England, in Deutschland und insbesondere in Italien in der Zeitung viel Raum. Die Nummer 13 ist sogar völlig den Kämpfen bei Fiat gewidmet.

Für die "Cahiers de Mai" kennzeichnet sich diese zweite Phase durch eine Ausweitung der gestellten Fragen und durch den Anfang einer Systematisierung der Ideen. Die beiden Artikel aus den Nummern 11 und 12 über die "11 Monate Krise" versuchen, die allgemeinen Merkmale der französischen Gesellschaft zu analysieren.

3. Seit Nummer 14, September 1969

Während zahlreicher Zusammenkünfte mit Militanten, die ins-

besondere während des Frühjahrs die Entwicklung der Zeitung begleiteten, ist die politische Funktion der "Cahiers de Mai" klarer geworden. In erster Linie handelt es sich darum, zur Stärkung der revolutionären Strömung innerhalb der Arbeiterklasse beizutragen, um die anti-kapitalistische Koalition neu zu beleben, die sich im Verlauf der Mai-Bewegung abgezeichnet hatte. "...Jede Woche bestätigt unsere Hypothese, daß in sehr großer Zahl Elemente der Arbeiter-Avantgarde existieren. Jede Woche bringt uns in Kontakt mit neuen Kernen von Arbeitern, die sich in allen Arten von Unternehmen gebildet haben, von einem Ende des Landes bis zum anderen, und die für die Kraft und Vielfältigkeit der revolutionären Strömung in der Arbeiterklasse Zeugnis ablegen. Ohne diese Strömung, die sie in ihren Unternehmen trägt, hätten sich diese Kerne von Arbeitern schon vor 14 Monaten aufgelöst.

Was sie jedoch andererseits bedroht, das ist das Gefühl ihrer Isolierung und ihrer Ohnmacht - ein Gefühl, auf das sich sowohl die Macht der Bourgeoisie als auch der Einfluß der traditionellen Organisationen gründen.

In der gegenwärtigen Phase ist also nichts notwendiger, als dafür zu sorgen, daß die revolutionäre Strömung ihrer Ausdehnung bewußt wird, der grundlegenden Einheitlichkeit ihres Denkens, und daß sie sich festsetzt, ohne jene Art der Vereinigung abzuwarten, die die meisten der bisher noch isolierten Elemente der Avantgarde definitiv akzeptieren würden.

Mit einem Wort: was diese avantgardistischen Elemente der Arbeiterklasse gemäß unserer Analyse und unserer militanten Erfahrung unmittelbar brauchen, und worum sie sich zu sammeln bereit wären, das ist eine Zeitung für die Arbeitermassen."

Die Zeitung schlägt den militanten Gruppen an der Basis vor, sich ihrem Vorhaben anzuschlie-

Ben. Die Nummern 15 und 16 sind die ersten Ergebnisse dieser Assoziation. Die Zeitung selbst erlebt eine Veränderung. Sie umfaßt jetzt 24 große Seiten. In jeder Nummer werden sämtliche Fronten des Klassenkampfes behandelt. Die "Cahiers de Mai" beginnen zu verwirklichen, was sie in ihrer ersten Nummer angekündigt hatten:

"In Frankreich, in ganz Europa kündigt sich eine außergewöhnliche Epoche an. Heute wissen wir zum ersten Mal, daß sich eine sozialistische Revolution in einem hochindustrialisierten Land, das heißt unter den von Marx selbst erhofften Bedingungen, endlich vorbereitet. Eine Revolution, die das Bild des Sozialismus in der ganzen Welt verändern wird. Während jener Mai-Tage hat die revolutionäre Bereitschaft, die in der französischen Gesellschaft sichtbar geworden ist, überraschende Wirkungen völlig neuer Art hervorgebracht. Sie müssen ohne Aufschub kennengelernt, untersucht, verstanden werden. Sie bilden einen echten Schatz für die französische und internationale Arbeiterbewegung. Eine Kriegskasse für die kommenden Kämpfe.

Indem wir diese Hefte herausgeben, wollen wir beitragen zur Sammlung der verstreuten Elemente, zum Verständnis dessen, inwieweit die neuen Ideen, die zum Ausdruck kamen, die konkreten revolutionären Erfahrungen, die (wie in Nantes) erlebt wurden, und auch alles, was im Mai im ganzen Land, in den Fabriken, Universitäten, Schulen, in den besetzten Büros und Bahnhöfen erreicht wurde, inwieweit all dies die Zukunft vorwegnimmt und neue Wege anzeigt. Wir rufen alle auf, daran mitzuarbeiten."

Im selben Maß, in dem sich die Zeitung entwickelte, haben sich auch die Beziehungen der "Cahiers de Mai" zu den kämpfenden Genossen verändert. Von Anfang an gab es Sympathisanten, die

abonnierten oder sogar zu ständigen Verteilern der Zeitung wurden. Gleichmaßen standen wir in Kontakt mit militanten Gruppen, mit denen zusammen wir Untersuchungen durchführten.

In der Folgezeit sind die "Cahiers de Mai" in die Lage gekommen, den kämpfenden Genossen konkret helfen zu können, und dies auf jeweils verschiedene Weise:

- Isolierte Genossen der Pariser Region haben sich neu zusammengeschlossen, als erste Basis dessen, was zur Zeit die "Association des Cahiers de Mai" konstituiert, die sich jedoch nicht mehr ausschließlich aus der Pariser Region rekurrtiert.

- Eine militante Gruppe in einem Unternehmen entwickelt ihre Basis, indem sie mit Hilfe der "Cahiers de Mai" eine eigene Zeitung neuen Typs herausgibt, wie am Flughafen Orly.

- Mehrere Kerne der Postarbeiter gruppieren sich neu und veröffentlichen eine nationale Zeitung ("Action P.T.T.").

- Aktionskomitees, in denen sich Arbeiter und Studenten neu zusammenschließen, veröffentlichen eine regionale Beilage der "Cahiers" in Marseille und im Südosten.

- Das Aktionskomitee der Beaux-Arts von Paris schließt mit der Zeitung eine Art Vertrag und verpflichtet sich, die monatliche Rubrik "Wohnungsfragen" zu übernehmen.

Andere Möglichkeiten werden zur Zeit vorbereitet. Für die "Cahiers de Mai" sind sie von grundlegender Bedeutung, denn sie zeigen, daß der Plan einer Zeitung für die Arbeitermassen, wie er zum ersten Mal in der Nummer 14 formuliert wurde, bei den militanten Revolutionären ein günstiges Echo findet.

(aus: Courrier Militant, Nr. 1, Januar 1970, monatliches Diskussionsorgan der "Association des Cahiers de Mai". Übersetzt von M. Büning).

## DIE POLITISCHE ROLLE DER UNTERSUCHUNG

"In der Hoffnung, daß wir die republikanische (französische) Regierung veranlassen könnten, dem Beispiel der monarchistischen Regierung Englands zu folgen und eine umfassende Untersuchung über die Taten und Untaten der kapitalistischen Ausbeutung zu eröffnen, wollen wir mit den geringen Mitteln, über die wir verfügen, eine solche Untersuchung beginnen. Wir hoffen dabei auf die Unterstützung aller Arbeiter in Stadt und Land, die begreifen, daß nur sie allein in voller Sachkenntnis die Leiden schildern können, die sie erdulden; daß nur sie allein und keine von der Vorsehung bestimmten Erlöser energisch Abhilfe schaffen können gegen das soziale Elend, unter dem sie leiden." (Karl Marx, 1880)

Die letzten Studientage der Cahiers de Mai haben eine Beurteilung des von der Zeitung in den letzten zwei Jahren eingeschlagenen Weges möglich gemacht. Das hier vorgelegte Dokument versucht, auf systematische Weise den Standpunkt der Mehrheit wiederzugeben, wie er in den Diskussionen deutlich geworden ist, gleichzeitig aber auch bestimmte Kritikpunkte, bestimmte aufgeworfene Probleme. Damit beschreibt es den Kurs der Cahiers in der gegenwärtigen Phase und die Gründe für diesen Kurs.

### WELCHER KURS ?

Im Mai 1968 spitzte sich der Grundwiderspruch des revolutionären Kampfes in Frankreich zu: auf der einen Seite die hohe Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, das Auftreten neuer Kampfformen und neuer Forderungen insbesondere bei den Jungen; auf der anderen Seite das Fehlen einer revolutionären Organisation des Proletariats, die in

der Lage gewesen wäre, die Bewegung zu einigen, zur Speerspitze der antikapitalistischen Koalition zu werden, sie zum Siege zu führen. Wie ist dieser Widerspruch aufzuheben? Das heißt: wie läßt sich verfolgen und weiterentwickeln, was im Mai 68 aufbrach, und wie ist es gleichzeitig möglich, zur Herausbildung dieser Organisation beizutragen, ohne die es keinen siegreichen Kampf für den Sozialismus geben kann?

Von hier aus leiten sich die anderen grundlegenden Fragen ab. Welche Art der Organisation gilt es zu schaffen? Welche antikapitalistische Strategie ist zu verwirklichen? Und schließlich, welche Revolution zeichnet sich jenseits der Entwicklung der Klassenkämpfe ab? Offensichtlich kann es nicht darum gehen, im folgenden Dokument auf alle diese Fragen zu antworten, da uns die Bestandteile der Antwort ebenso fehlen wie die Mittel, sie zu verwirklichen. Es geht vielmehr ganz einfach darum, den ersten Schritt anzugeben, die erste Etappe des Prozesses zu bewältigen, auf die erste Frage zu antworten: wo gilt es anzufangen?

#### DIE ROLLE DER ARBEITER- UNTERSUCHUNG

Die Arbeiteruntersuchung erscheint in der gegenwärtigen Phase als die wichtigste Arbeitsmethode. Der Ausdruck Untersuchung selbst hat jedoch zu vielen Mißverständnissen geführt, die es aufzuklären gilt. Den heutigen politischen Kurs der Cahiers zu beschreiben, heißt zuallererst die Untersuchungsarbeit zu beschreiben. Was ist eine Untersuchung? Wohin führt sie? Welche Rolle spielt sie? Wie läuft sie ab? Warum messen wir ihr eine solche Bedeutung bei?

Der Begriff der Untersuchung kann zwei völlig verschiedene Realitäten ausdrücken: zum einen ist die Untersuchung, wie in der Praxis der Universitätssoziologie, "Sammlung von Informationen und Auswertung von Dokumenten". Sie

besteht im Wesentlichen darin, ein gegebenes Problem freizulegen, seine verschiedenen Aspekte zu erfassen zu versuchen, woraufhin der Untersuchende sich bemüht, zu einer Synthese zu gelangen. Die Untersuchungen bleiben Studienobjekt; der Untersuchende bleibt außerhalb der untersuchten Situation. Die Fakten bilden das Rohmaterial, von dem aus der Untersuchende die großen Linien ableitet.

Die Untersuchung, wie sie die Genossen der Cahiers durchführen, ist dieser Methode entgegengesetzt. Sie setzt voraus:

- die aktive Teilnahme der Arbeiter, mit denen zusammen sie erarbeitet wird, von Anfang bis Ende;
- daß die Arbeitsergebnisse in Form von Artikeln unter deren kollektiver Kontrolle und effektiver Leitung zusammengestellt und veröffentlicht werden.

Die Untersuchung hat eine vierfache Funktion:

1. Sie gibt den revolutionären Arbeitern in den Betrieben das Wort.

Die Arbeiteruntersuchung erlaubt es, die den Kämpfen zugrundeliegende Wahrheit herauszuarbeiten, die in der Mehrzahl der Fälle durch eine völlig manipulierte Information - sei es durch die Bourgeoisie, sei es durch die traditionellen Organisationen der Arbeiterklasse - verfälscht wird.

Gleichzeitig erlaubt es die Untersuchung, die neuen Gedanken ans Licht zu bringen, die in diesen Kämpfen zum Ausdruck kommen. So sagten uns zum Beispiel die Genossen aus Lyon zu dem Artikel über Berliet: "Die Arbeiter selbst haben darauf bestanden, daß bestimmte Aspekte charakteristisch für die Situation gewesen seien; diese Aspekte entsprachen keineswegs immer dem, was man vorher für einen charakteristischen Aspekt gehalten hätte. Mit diesen Genossen haben wir eine bestimmte Anzahl von Informationen gesammelt,

aber die Kontrolle über diese Informationen, die Entscheidung darüber, welche wesentlich und welche zweitrangig waren, wurde von diesem Kern von Genossen getroffen; sie haben die Auswahl getroffen, und diese Auswahl war es, die sich später als die richtige erwiesen hat."

## 2. Sammlung der militanten Arbeiter um die Untersuchung.

Nach der Diskussion zeichnen sich die charakteristischen Elemente ab, ein Textentwurf wird ausgearbeitet, manchmal Satz für Satz diskutiert, zum Beispiel über den Ablauf eines Kampfes, über den Charakter der aufgestellten Forderungen. Von hier aus wird die Diskussion und die Ausarbeitung des Textes für diejenigen Arbeiter, die aktiv an den behandelten Ereignissen teilgenommen hatten, zu einer Art verbindlicher Interpretation konkreter Erfahrungen. Dieser erste Artikel erscheint somit als eine Waffe, mit der es möglich ist, an der Basis die Einheit jener Strömung, die die Bewegung auslöste, zu fördern.

Es handelt sich also im Ablauf der Untersuchung um einen Prozeß der Selbstorganisation einer Arbeitergruppe. Ein Eisenbahnergenosse, der diese Rolle der Untersuchung betonte, sagte: "Die Untersuchung erfüllt vor allem die Funktion der selbsttätigen Bildung und Sammlung der Kerne, die ~~an~~ am Kampf teilgenommen haben. Sie muß es diesen manchmal informellen Kernen gestatten, sich zu vereinigen und im Ablauf der Untersuchungsarbeit zu erkennen, was in ihrem Betrieb geschieht, ein Bewußtsein von ihrer eigenen Existenz zu gewinnen und zu erkennen, daß eine ihrer Aufgaben darin besteht, sich richtig zu organisieren und zwischen ihren jeweiligen Gruppen (Comité d'action, Gewerkschaftsgruppe, je nach den Umständen) Kontakte anzuknüpfen..."

## 3. Sie dient als Instrument der Propaganda und der Agitation.

Der Text der Untersuchung, der eine Art Plattform dieser Gruppe darstellt und als Flugblatt verteilt und in den Cahiers veröffentlicht wird, spielt daher die Rolle eines Instruments der Propaganda und der Agitation im Betrieb; und diese Rolle spielt er umso besser, weil dieser Text das Arbeitsergebnis der kämpfenden Genossen im Betrieb darstellt, mit dem sie sich daher identifizieren, das auf die Fragen der Arbeiter antwortet. Das Beispiel von Berliet ist auch hier charakteristisch:

"Der Artikel ist 48 Stunden lang in den Abteilungen herumgegangen. Die CGT hat ihn abgefangen; das hat die Arbeiter viel stärker aufgebracht, als wenn es sich um einen Artikel im klassischen Stil gehandelt hätte, etwa um einen Artikel einer von außen intervenierenden Gruppe, der an der Behandlung eines Konflikts versucht hätte, die politische Linie der Gruppe zu erläutern. Der Text, der umging, war im Betrieb entstanden und von den Arbeitern selbst redigiert worden. Der abgefangene Text gelangte in das Büro des Gewerkschaftssekretärs, der vom Abteilungsdelegierten eine Erklärung verlangte. Dieser hat daraufhin an einem Tage eine ganze Menge Leute agitiert, und die Arbeiter sind in das Büro gekommen und haben gesagt: 'Wir wollen unseren Artikel wieder haben.' Sie haben sich also mit ihm identifiziert und ihn als ihren eigenen betrachtet. Das Redigieren des Artikels war also ein Mittel, um in der Abteilung und im Betrieb selbst eine Dynamik auszulösen. Schließlich hat sich die CGT dazu entschließen müssen, zur Klärung eine Versammlung einzuberufen..."

Abgesehen von ihrer Wirkung im Betrieb dient die Untersuchung als Mittel der Kontaktaufnahme zwischen den Betrieben, sei es auf lokaler Ebene, sei es innerhalb einer Branche. Er vermittelt Kontakte, die es zur Zeit nicht

gibt. In Bezug auf den Kampf von Arbeiterinnen einer Textilfabrik präzisierte eine Genossin: "Die Arbeiterinnen hatten eine Forderung: sie wollten mit anderen Betrieben der gleichen Branche in der Region Kontakt aufnehmen. Sie haben sich an die Gewerkschaftsfunktionäre dieser Betriebe gewandt, und man hat ihnen jeden Kontakt abgelehnt."

Oder ein anderer Genosse: "Aufgrund dieser Untersuchungsarbeit haben sich diese Probleme Stück für Stück klarer gestellt. Die Praxis der Untersuchung hat deutlich werden lassen, daß das wesentliche Bedürfnis der Arbeiterkerne das nach Kontakten untereinander ist, nicht nur zwischen den Betrieben der gleichen Branche, sondern auch zwischen den verschiedenen Branchen: für sie stellen sich diese Kontakte als eine Notwendigkeit dar, damit die Kämpfe nicht abstrakt bleiben."

Wenn die Untersuchung gut geführt wird, führt sie daher zu einem Text, der in den Händen der Arbeiter im Betrieb zu einer wertvollen Waffe wird, ein Instrument, das außerdem wirkungsvoller ist als wenn die Untersuchung von außen geführt wurde. Wenn er in anderen Betrieben verteilt wird, füllt dieser Text eine Lücke, er antwortet auf die Kontaktbedürfnisse der Arbeiter, die in ihren Betrieben isoliert sind und ihre Isolierung durchbrechen wollen. Ein solcher Artikel, der in einer nationalen Zeitung veröffentlicht wird, bietet ihnen dazu häufig die Gelegenheit.

4. Verringerung der Kluft zwischen den Genossen außerhalb der Betriebe und den kämpfenden Arbeitern.

Die Kluft zwischen den einen und den anderen schwächt die Einheit der aus dem Mai hervorgegangenen revolutionären Strömung beträchtlich. Auf der einen Seite findet man isolierte und zerstreute Elemente, die in ihrem Betrieb mit sehr geringen Mitteln kämpfen und das Risiko der Repression durch die Arbeit-

geber oder auch die Gewerkschaften eingehen, auf der anderen Seite Genossen, die häufig Intellektuelle sind, die Zeit und bessere materielle Möglichkeiten haben, die besser redigieren können und die, vom Produktionssektor abgeschnitten, leerlaufen. Beide einander anzunähern, stellt in der gegenwärtigen Situation einen enormen Schritt vorwärts dar. Aber viele derartige Versuche sind fehlgeschlagen.

Das Scheitern der Methode der "Komitees der Arbeiter und Studenten", wie auch das Scheitern einer bestimmten Art der Intervention hauptsächlich studentischer Gruppen in den Betrieben hat ausreichend deutlich gezeigt, daß dieses Problem von ihnen in völlig falscher Weise angegangen wurde. Tatsächlich geht es nicht darum, daß diese außenstehenden Genossen der Arbeiterklasse eine konstruierte Lösung anbieten, wie es so viele hartnäckig versuchen, sondern darum, auf die expliziten Forderungen einzugehen, wie sie die Arbeiterkerne oder existierende Gruppen in sehr vielen Betrieben formulieren. Die Untersuchung erlaubt es, diesen Widerspruch aufzulösen und zu dieser Annäherung beizutragen. In diesem Sinne stellte ein Pariser Genosse fest: "Die Cahiers stehen ständig expliziten Forderungen der revolutionären Arbeiterströmung gegenüber, auf die sie nur sehr unvollständig antworten können. Andererseits versuchen eine ganze Reihe von Genossen außerhalb der Betriebe nicht, ihre Arbeit an den Forderungen, die an die Cahiers gerichtet werden, auszurichten, sondern eine eigene Initiative zu entwickeln, aufgrund ihrer eigenen Einschätzung. Das soll nicht heißen, daß diese Ideen oder diese Initiativen nicht gut wären, aber es gibt dabei etwas, das sich völlig widerspricht: Genossen, die sich zur Untersuchung eines Problems entschließen, suchen nach Kontakten in den Betrieben, während auf der anderen Seite die

füllt werden, weil die militanten Gruppe es nicht für richtig gehalten haben, sich mit diesem Problem zu beschäftigen."

Hier findet sich sehr konkret das Grundproblem des heutigen revolutionären Kampfes in Frankreich.

In welcher Richtung soll er geführt werden? Die Arbeiteruntersuchung, so wie sie im Vorstehenden geschildert wurde, erscheint in der gegenwärtigen Situation als das beste Mittel, sowohl um die notwendige Annäherung zwischen den Genossen außerhalb der Betriebe und der revolutionären Strömung innerhalb der Arbeiterklasse zu fördern, als auch um der Arbeiterklasse die Richtung der Bewegung anzugeben.

#### DIE PRAXIS DER UNTERSUCHUNG

Die theoretische Funktion der Untersuchung ist nach dieser Definition von einer bestimmten Art der militanten Praxis nicht zu trennen, wenn die Untersuchung nicht ein Fehlschlag werden oder ihre Funktion nicht erfüllen soll. Es reicht nicht aus, den Arbeiterkernen das Wort zu geben. Häufig handelt es sich dabei nicht um konstituierte Gruppen. Sie bilden sich im Verlauf eines Kampfes, aus Arbeitern einer Abteilung; ein anderes Mal handelt es sich um einige Mitglieder einer Gewerkschaftsgruppe, die in einem bestimmten Augenblick durch die gleiche Kampfbereitschaft vereinigt sind; wieder ein anderes Mal sind es einige Kollegen mit den gleichen politischen Ansichten.

In jedem dieser Fälle ist die Form der Kontaktaufnahme zwischen Genossen außerhalb der Betriebe und diesem Arbeiterkern oder dieser Arbeitergruppe verschieden. Die Vereinigung dieser isolierten Elemente um ein gemeinsames Projekt, die Unterstützung bei der Herausfindung charakteristischer Aspekte des Kampfes, das setzt einen bestimmten, nicht eindeutig definierbaren Kurs voraus. Von ihm vor allem hängt der

spielen, die während der Studententage zitiert wurden, können zwei angeführt werden, weil sie in völlig verschiedenen Situationen eine falsche Praxis anzeigen.

Das erste Beispiel ist der Artikel über Vallourec: "Die Untersuchung war dort auf ein Gespräch mit einem Vertrauensmann des Betriebes und einige Diskussionen mit zufällig in der Stadt getroffenen Arbeitern beschränkt. Es war unmöglich gewesen, eine Versammlung mit Arbeitern aus dem Betrieb zu organisieren. Das Ergebnis war ein Artikel in den Cahiers de Mai, der von allen abgelehnt wurde und im Betrieb keinerlei Wirkung hatte. Dieser Text, der in aller Eile von Genossen aus Paris geschrieben wurde, war reiner Journalismus. Er antwortete auf keine der Fragen der Arbeiter."

Das Gegenbeispiel ist das einer politischen Gruppe mit Mitgliedern bei Berliet, die versucht hatte, die Bilanz eines Kampfes zu ziehen, und denen der Text einer Untersuchung der Cahiers-Genossen entgegengehalten wurde: "Sie waren verblüfft, als sie den Cahiers-Artikel lasen und aus einem anderen Organ Informationen über den Kampf in ihrem Betrieb erhielten, über einen Kampf, von dem sie nur ein sehr beschränktes Bewußtsein gehabt hatten. Das stellte sie vor folgendes Problem: wenn sie selbst als militante Genossen aus dem Betrieb sich zusammenschließen und einer politischen Gruppe beitreten, können sie über den Inhalt der Kämpfe im Betrieb nur das sagen, was sie in ihren Köpfen haben; die wirkliche Bewegung, die sich entwickelt hatte, die Art, in der sie sich entwickelt hatte, die Probleme, die sie aufwarf, das alles konnten sie nicht behandeln, weil ihr Artikel diesen Kampf nicht konkret widerspiegelte; in dem Artikel stand der Kampf erst an zweiter Stelle, hinter den abstrakten und zu allgemeinen Analysen; die Arbeiter fanden sich darin nicht wieder."

Diese Beispiele zweigen deutlich genug, daß es für eine Untersuchung kein allgemeingültiges Rezept gibt, daß man sich jedoch eine bestimmte Praxis aneignen kann. Wenn Genossen von außen in einen Streik "hineinkatapultiert" werden, ist es zweifelhaft, ob ihre Arbeit ein Erfolg wird. Aber sie können auch dem Betrieb selbst angehören, und das Ergebnis kann dennoch genau das gleiche sein. In diesen beiden Fällen wurde das wichtigste Ziel, das eine Untersuchung erreichen soll, verfehlt: sie spiegelte nicht die Probleme der Arbeiter im Betrieb wider; sie trug nicht zum Klassenbewußtsein bei. Wenn schon dieses Ziel nicht erreicht wird, ist es völlig sinnlos, noch mehr erreichen zu wollen.

Der Begriff der Untersuchung und ihrer Praxis, wie er sich im Verlauf der Studientage herausgebildet hat, ist daher ein komplexer Prozeß. Er vereinigt in sich die verschiedenen Ebenen, von der praktischsten bis zur theoretischsten. Die Untersuchungen der Cahiers begreifen sich im wörtlichen Sinn als politische Akte. Ebenso wie ihr Ablauf schwer zu definieren ist, weil er sehr verschieden ist, unterscheiden sich auch ihre Konsequenzen und Folgen. Die anwesenden Genossen haben zahlreiche Beispiele geliefert, aus denen sich eine Bilanz oder eine Systematisierung nur schwer ableiten ließe. Einmal kann ein derartiger Artikel als Mittel der Agitation oder Reflexion in einem Betrieb dienen. Er hat mehr oder weniger Erfolg, und für den Augenblick wird mehr nicht erreicht. In anderen Fällen trägt er zur Bildung einer Arbeitergruppe bei oder bringt mehrere Gruppen auf lokaler Ebene oder im gleichen Produktionszweig in Kontakt.

In allen Fällen scheint es, als ob die gut geführte Untersuchung eine bestimmte Dynamik auslöst, die sich auf die unmittelbarsten Bedürfnisse der revolutionären Bewegung auswirkt: Kennenlernen

der neuen Kampfformen der Arbeiterbewegung, Neugruppierung der revolutionären Genossen, erste Koordination der isolierten Teile einer Avantgarde, die sich im Verlauf der Kämpfe herausbildet.

In der gegenwärtigen Phase sind dies die wichtigsten Bedürfnisse, die zu befriedigen sind, und die Untersuchung hat sich im Licht der Erfahrung als das beste und angemessenste Mittel erwiesen, um auf dieses Bedürfnis einzugehen. Hier liegt der Grund dafür, daß die Untersuchung das vorherrschende Diskussionsthema auf den Studientagen war. Sie ist keineswegs das Allheilmittel für die Probleme des revolutionären Kampfes in Frankreich; sie ist nicht das eingetragene Warenzeichen oder die Masche der Cahiers de Mai, so wie sich andere auf den Guerilla-Kampf oder auf die Definition eines politischen Programms beziehen. Sie wird begriffen als Übergangsinstrument, als die vorläufig wirksamste Waffe.

#### VON DER UNTERSUCHUNG

#### ZUR ORGANISATION

=====

Diese Vorstellung von der Untersuchung ist im Verlauf der beiden Studientage Stück für Stück präzisiert worden. Sie wurde jedoch von einigen Genossen scharf in Frage gestellt, für die die Untersuchung nicht die gleiche politische Bedeutung hat wie für die Cahiers de Mai. Für diese Genossen ist die Untersuchung nur ein Mittel, neben hundert anderen, um in einem Betrieb Kontakt aufzunehmen. "Womit immer man anfängt, ob mit einer Untersuchung oder auf andere Weise, man wird immer den gleichen Problemen gegenüberstehen." Diese Probleme sind im Wesentlichen der Inhalt der Forderungen und die Kampfformen. Dieser Ansicht zufolge löst die Untersuchung keinerlei dynamischen Prozeß der Bewußtseinsbildung und der Organisation aus. Wichtigste Frage bleibt vielmehr die politische Formierung der kontaktierten kämpfenden Ge-

nossen durch ideologische Diskussionen. "Wir sind darauf vorbereitet, diese Fragen anzugehen, sie zu analysieren, sie zu beantworten, durch interne Diskussionen". Diese Diskussionen sind umso grundlegender, als in dieser Sicht die kontaktierten kämpfenden Arbeiter wenn sie aus der Mai-Bewegung hervorgegangen sind, "politisch nicht reif sind, die Probleme nicht in ihrer Gesamtheit erkennen können und in den konkreten und begrenzten Problemen des Betriebes befangen bleiben." Es sei daher entscheidend wichtig, für ihre ideologische Ausrichtung zu sorgen, damit sie "gefestigt" sind und sich nicht wieder von den Gewerkschaften "einfangen" lassen.

Man sieht hier, daß die Differenzen mehr enthalten als einfache Verschiedenheiten in der Einschätzung der Untersuchung. Es handelt sich tatsächlich um eine andere Sicht der Rolle der "politischen" Genossen, eine Sicht, die praktisch allen politischen Gruppen gemeinsam ist und die man als "interventionistisch" bezeichnen könnte. Ein Genosse aus Lyon sagte zu dieser Art Forderungen: "Diese Gruppen stellen sich als politische Subjekte dar, deren Aufgabe es ist, die mehr oder weniger amorphen Kerne zu stabilisieren, ohne auch nur im geringsten zu berücksichtigen, daß die Entwicklung und die Existenz von Kernen nicht von voluntaristischen Aktionen der Außengruppen abhängt, die Maßnahmen treffen, um ihre Existenz zu legitimieren, sondern um wirkliche Kämpfe, die sich im Betrieb abspielen."

Auf dieser Ebene steht man immer wieder vor den gleichen Problemen: die Einschätzung der Mai-Bewegung und der Strömung, die aus ihr hervorgegangen ist. Um ihre interventionistische Praxis zu rechtfertigen, spielen die Gruppen den proletarischen Charakter des Mai und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse möglichst stark herunter. Für sie handelt es sich nach dem Mai

wie zuvor darum, die Dimension der Politik in eine Arbeiterklasse hineinzutragen, deren Bewußtsein auf die Betriebsdimension beschränkt ist. Diese Praxis verführt immer zu den gleichen Konsequenzen: die politische, ideologische und organisatorische Ausrichtung der Bewegung erscheint immer als die Aufgabe der Genossen und Gruppen außerhalb der Betriebe, tatsächlich sozialer Randgruppen außerhalb der Arbeiterklasse. Andererseits stehen wir vor einer realen Situation: die sozialen Kämpfe von großer Breite und Ausdehnung finden keine politische Artikulation und Interpretation, weil, wie es ein Pariser Genosse sagte, ihre Bedeutung, ihr Inhalt und ihre strategischen Perspektiven in der Arbeiterklasse nicht diskutiert werden. Das liegt nicht daran, daß es in den Gruppen der extremen Linken an klugen Gedanken fehlt. Sondern damit es zu einer Diskussion kommt, müssen die Arbeiter, die die Kämpfe führen, sich an ihr beteiligen. "Was heute letzten Endes zählt, wenn man eine gewisse Politisierung und die Tatsache in Rechnung stellt, daß die Leute mit Texten, Diskussionen etc. überschwemmt werden, das ist, wer in wessen Namen redet."

Die erste Antwort auf diese Frage verläuft über die Arbeiteruntersuchung. Sie erscheint heute als ein notwendiges Durchgangsstadium, und man könnte fast mit einem Genossen aus einem großen asiatischen Land sagen: "Wer keine Untersuchung gemacht hat, der kann auch nicht mitreden." Die folgende Etappe wird darin bestehen, im Verlauf des begonnenen Prozesses eine revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse zu bilden, auch wenn sie zu Anfang nur eine Minderheit vereinigt, die die noch zerstreuten Elemente dieser Avantgarde, die sich jeden Tag in den Kämpfen herausbildet, sammelt und neu gruppiert. Für die Dahiersde Mai handelt es sich hier um eine Aufgabe mit Priorität. Es kann noch keine

Rede davon sein, daß die gesamte Front des gegenwärtigen Kampfes erfaßt wäre. Die kämpfenden Genossen, die diese Diskussion geführt haben, sind sich dessen völlig bewußt, aber sie glauben, daß die revolutionäre Bewegung in Gefahr steht, in die Sterilität zurückzufallen, wenn man diese Aufgabe nicht in Angriff nimmt.

(aus: Cahiers de Mai, Nr.22, Juli 1970. Übersetzt von M. Büning)

## **BERLIET: DIE MACHT- PROBE UND IHRE GRÜNDE**

Etwa zwanzigtausend Arbeiter stehen bei Berliet seit drei Wochen in einer Kampfauseinandersetzung mit der Firmenleitung. In der gegenwärtigen Situation erhält dieser Konflikt große Bedeutung, und deshalb muß hier gleich versucht werden, einen Überblick zu gewinnen über das, worum es hier geht. (Systematischere Untersuchungen sind gerade noch im Gange und werden eine eingehendere Darstellung ermöglichen).

Seit einigen Monaten herrscht allgemeine Unzufriedenheit in allen Niederlassungen von Berliet (Bourg, Bouthéon, Mont-Plaisir..) besonders in der Fabrik von Venisseux, wo der Hauptteil der Produktion mit etwa 15000 Arbeitern sich befindet. Die Ursachen für diese Unzufriedenheit sind z.T. noch unklar, aber zwei Dinge stehen fest: Erstens, daß seit Mai 68 sich eine Menge geändert hat; die acht Stunden Plackerei bei durchdringendem Lärm, die Ermüdung und Monotonie, das frühe Aufstehen (einige Arbeiter haben 80 km Anfahrtsweg und müssen um vier Uhr aufstehen): alles erscheint mehr und mehr als das, was es ist, als Zwangsarbeit. Seit Mai 68 haben viele Arbeiter begriffen, daß es so nicht weiter gehen kann. Zweitens steht fest: seit anderthalb Jahren ist die Betriebsleitung darauf aus, das Maximum an Arbeitsleistung aus den Arbeitern herauszuholen. Die Auf-

tragsbücher sind gefüllt und es muß schneller produziert werden: so hat sich z.B. 1969 die Produktion um 25% erhöht. All das wird auf dem Rücken des Arbeiters ausgetragen. Dazu kommt, daß die Betriebsleitung wenig für neue Produktionsanlagen in Venisseux ausgibt; die Produktionssteigerung vollzieht sich unter unglaublichen Bedingungen: die Arbeiter werden zusammengedrängt, es gibt zu wenig Werkzeuge, auch das geringste freie Plätzchen wird noch ausgenutzt. Maschinen werden nicht erneuert, nicht einmal in den neuen Fabriken wie Bourg. Die Arbeiter müssen Lastwagen herstellen mit Maschinen, die seit mehreren Jahren veraltet sind.

Der Einschnitt, den der Mai 68 darstellt, und darauf die neuen Forderungen der Direktion erklären die aktuelle Situation. Die Arbeiter von Berliet haben die Schnauze voll, und sie ergreifen wieder die Initiative.

Seit vier Monaten gibt es permanent Arbeitsniederlegungen; die Werkstätten streiken eine nach der anderen mit einer Streikbeteiligung von 80-90%. Betriebsleitung und Gewerkschaften bemühen sich vergeblich, den ständig neuen Forderungen nachzukommen, ob es nun um Abgase, Lärmbelästigung durch Sirenengeheul oder um zerbrochene Fensterscheiben geht.

Delegationen zu Werkstatt- und Abteilungsleitern häufen sich und es ist nicht verwunderlich, daß man dort nicht begreifen kann warum Unzufriedenheit aus scheinbar geringen Anlässen zur radikalen Infragestellung der gegenwärtigen Ausbeutungs- und Arbeitsorganisation führt. Der Streik der Motorenbauer, der zur Machtprobe führte (s. Cahiers de Mai Nr.17), hat uns nur die Situation bei Berliet enthüllt und gezeigt, daß dort in allen Werkstätten ein permanenter Kampf stattfindet.

**WIE SIEHT ES AUS MIT DER GEDULD  
UND KOOPERATIONSBEREITSCHAFT DER  
ARBEITER?**

Die Betriebsleitung dürfte bei ihrer Hoffnung auf dicke Profite vom Ausbruch des Konflikts nicht gerade begeistert gewesen sein. 17

zuwenig Gerissenheit und Feingefühl bei der Bemühung um ein "duldsames und partnerschaftliches" Personal kann man ihr allerdings nicht vorwerfen. Sie hat bei der Unterzeichnung des Tarifvertrags im Januar ihr Ziel - die Schaffung eines Klimas des sozialen Friedens um jeden Preis - als Bedingung für ungestörte Produktionserhöhungen nicht verschwiegen. Angesichts der Unruhe, die seit Mai 68 herrscht, hat die Betriebsleitung sehr gut begriffen, daß sie auf die Unterstützung der Gewerkschaften unbedingt angewiesen ist. Die permanente Produktionssteigerung unter verschärften Arbeitsbedingungen konnte nur durchgeführt werden mit Hilfe zunehmender Disziplinierung der Arbeiter und dem Verweis auf die Gewerkschaften als ihre einzige legitime Interessenvertretung. Die Betriebsleitung suchte sich einer "offenen und loyalen" Mitarbeit der Gewerkschaften zu verschern; um so größer ist allerdings ihre gegenwärtige Enttäuschung.

Die Gewerkschaften haben dem Tarifvertrag zugestimmt, insoweit er Vorteile brachte (vorgezogenes Rentenalter für 2000 Arbeiter; gleitende Lohnskala ...). In der Annahme aber, die Gewerkschaften würden wie ihre englischen und deutschen Kollegen vollständig gefügig sein, hatte die Betriebsleitung sich verrechnet. Sie lehnten bei den Verhandlungen jede Stillhalteklausele in bezug auf Forderungen ab, die über den Vertragstext hinausgehen.

Allerdings hätten die Gewerkschaften auch nicht ganz offen mit der Betriebsleitung paktieren können, selbst wenn sie gewollt hätten. Die Bewegung bei Berliet, wie sie sich ausgehend von den einzelnen Werkstätten spontan auf alle Abteilungen ausdehnte, wobei sie zwar jeweils nur eine kleine Anzahl von Arbeitern erreichte, die aber in ihrem Sektor zur einheitlichen Aktion kamen, erwies sich als Massenaktion von schwer kontrollierbarer Art. Wollten die Gewerkschaften sich nicht vom Gros der Arbeiter isolieren, so waren sie trotz ihrer Sorge um den alten Tarifvertrag gezwungen, sich

an die Spitze der Bewegung zu setzen. Dazu bedurfte es der Zentrierung der Auseinandersetzung um eine populäre Forderung, die allein die Unzufriedenheit der Arbeiter kanalisieren und den Gewerkschaften die Führung des Kampfes sichern konnte. Die Forderung nach Weihnachtsgeld und einer Ferienzulage, jede von 500 frs., erfüllte diese Bedingungen. Die Gewerkschaften holten allerdings auf diese Weise nur nach, was in den meisten Metallbetrieben längst erreicht ist: das Äquivalent für ein 13. Monatsgehalt.

Die starre Haltung der Geschäftsleitung führt jetzt dazu, daß sich der Konflikt zu einer regelrechten Machtprobe ausweitet. Ungewollt fördert sie damit die Vereinheitlichung der Bewegung, sowohl der gewerkschaftlich organisierten und Nichtorganisierten, als auch der Stunden- und Monatslöhner (was besonders auf Vénisieux zutrifft) und die Zentrierung um eine klare und für alle ohne Berücksichtigung ihrer Stellung in der Hierarchie gleiche Forderung. Sie ermöglicht eine Abrechnung mit der Geschäftsleitung en bloc, wenn auch die Forderungen, die sich auf eine Veränderung der Arbeitsbedingungen richten, beiseite zu fallen drohen.

#### "AUF DEN TARIFVERTRAG KÖNNEN WIR PFEIFEN"

Die Betriebsleitung versucht die Initiative zurückzugewinnen, indem sie den Tarifvertrag in Frage stellt. Die Prämie ist eine Offensivforderung, auf die die Geschäftsleitung reagiert mit dem Versuch,

die Arbeiter über den Kampf um die Aufrechterhaltung des Tarifvertrags in die Defansive zu drängen. Aber die Arbeiter sind sich der Macht ihrer Bewegung bewußt und lassen sich nicht einschüchtern. Viele sagen: "Wir pfeifen auf den Tarifvertrag!" Ähnlich äußert sich auch die CFDT im Titel eines Flugblatts: "Die Betriebsleitung bricht den Vertrag: was ändert das schon?" In der Tat fühlen sich die Arbeiter stark genug, um die Betriebsleitung in der Prämienfrage zum Nachgeben zu zwingen. Die Frage ist nur, wie jetzt der Kampf am besten zu führen

ist. Es gibt zwei Wege: Entweder Verhandlungen, die zum Kompromißvertrag führen, d.h. die übliche Methode: mündliche Anfrage eines kommunistischen Abgeordneten bei der Kammer, Eingabe bei der Regionalverwaltung, und das Ganze läuft dann auf Konzessionen von beiden Seiten hinaus. Oder die andere Lösung: Den erreichten Stand der Kampfauseinandersetzungen zu befestigen und auszubauen durch weitere Desorganisation der Produktion, durch Massenmanifestationen etc. (Neulich wirkte sich ein einständiger Streik in der Motorenmontage so, aus, daß statt 51 nur 5 Motoren produziert wurden.)

Es kommt jetzt alles darauf an, gegen die Betriebsleitung den Kampfwillen der Arbeiter durchzusetzen. Der Ausgang des Konflikts hängt nicht von den Beziehungen Gewerkschaften-Direktion (Verhandlungen) ab. Allein der Machtkampf zwischen Arbeitern und Unternehmer entscheidet.

(aus "Cahiers de mai", Nr. 20, Mai 1970, Übersetzt von I. Gierth, BPG)

## ANTWORT DER ARBEITER AUF DIE GEWERKSCHAFTEN

Diese Untersuchung wurde nach mehreren Versammlungen mit den Arbeitern von Berliet fertiggestellt, besonders mit denen der Motorenabteilung. Sie wurde veröffentlicht, nachdem sie 48 Stunden lang in den verschiedenen Produktionsabteilungen umgelaufen war, wo sie ergänzt und kritisiert wurde.

Nach sieben Wochen Kampf um Prämien von 500 Frs. (Ferien- und Weihnachtsgeld) haben die Gewerkschaften CGT, CFDT und FO bei Berliet die Arbeiter und ETDA (?) aufgefordert, die Aktion zu stoppen. Vielen Arbeitern blieb diese Entscheidung unverständlich, und sie haben die Arbeit mit dem Gefühl wieder aufgenommen, doch wieder drangekriegt worden zu sein.

Der Streik gewinnt eine besondere Bedeutung durch sowohl seine Ausdehnung, seinen Massencharakter und seine Militanz, als auch durch die Art und Weise, wie er beendet wurde und die Lehren, die man daraus ziehen kann.

Die erste Frage, die sich jeder stellt, ist, warum die Gewerkschaften, die sich noch drei Tage zuvor für die Fortführung des Streiks erklärt hatten, sich plötzlich entschlossen, alles zu beenden.

Zwei Hauptargumente haben ihre Vertreter auf einer Versammlung vorgebracht, die der Abstimmung vorausging: Einmal sprachen sie von "nicht unbeträchtlichen" Resultaten und von "Erfolgen" der Arbeiter. Dann zählten sie lange die Risiken auf, die eine Fortführung der Bewegung mit sich bringen würde. Es bestand für sie kein Zweifel darüber, daß die Militanz der Arbeiter rapide abnehmen würde, daß die Einheit, die sie bisher bewiesen hätten, in einem längeren Kampf nicht bestehen bleiben und die Arbeiter beim Verlust des alten Tarifvertrages und der Auswechslung der gegenwärtigen Betriebsleitung zugunsten einer unnachgiebigeren neuen schließlich nichts gewinnen würden. Sie müßten dabei vielmehr riskieren, daß das schon Erreichte auch noch verloren ginge.

Was sind diese Argumente wert?

### EIN ERFOLG ?

Die Gewerkschaften erklären, der Kampf sei ein Erfolg gewesen. Diese Behauptung verdient eine nähere Betrachtung.

An Vorteilen haben die Arbeiter kurzfristig nichts gewonnen, und die Prämien von 150 Frs. decken kaum die Verluste, die durch den Streik entstanden sind. Zur "abgeschwächten Militanz" ist zu sagen, daß hier eine Bewegung, die sich acht Monate lang entwickelt hatte, abrupt zum Stillstand gebracht wurde und so der Konflikt in allgemeiner Mutlosigkeit enden mußte. Es ist richtig, daß die Geschäftsleitung ihren Beschluß, den Tarifvertrag zu annullieren, revidiert hat - aber un-

ter welchen Bedingungen! Die Gewerkschaften haben einer Einschränkung des Streikrechts zugestimmt, was sie noch bei der ersten Unterzeichnung abgelehnt haben. Sie haben eine Klausel akzeptiert, in der es heißt: "Während der Dauer des Geschäftsjahres 1970 verzichten die Vertragspartner auf jegliche Infragestellung der nachfolgenden im Detail ausgeführten Punkte..."

Daß sich nur ja keiner mehr wie im Februar die Motorenarbeiter einen Streik zur Durchsetzung auch der geringsten Lohnforderung einfallen läßt! Die Gewerkschaften, die sich an einem unmißverständlichen Text gebunden sehen, können einen solchen Konflikt nicht mehr unterstützen.

Das Ergebnis dieser sieben Wochen kämpferischer Auseinandersetzung ist, daß sich die Regierung rühmen kann, einen "fortschrittlichen Tarifvertrag" unter Dach und Fach gebracht zu haben. Der Arbeitsminister Fontanet kann den Berliet-Vertrag als "beispielhaft für die Auswirkung eines Vertragsabschlusses im Betrieb" zitieren. Die Arbeiter sind einer Direktion gegenüber gebunden, die jetzt so brutal vorgehen kann, wie sie will. Man kann das wohl kaum einen Erfolg nennen!

#### ABGESCHWÄCHTE MILITANZ ?

Die Gewerkschaften behaupten, die Bewegung hätte sich doch auf die Dauer nicht halten können; die Militanz habe zum Zeitpunkt der Verhandlungen schon wesentlich nachgelassen. Zumindest ist es wohl paradox zu sehen, wie die Gewerkschaft sich alle rednerische Mühe gibt, die fest zum Kampf entschlossenen Arbeiter von ihrer angeblichen Schwäche zu überzeugen. Die Gewerkschaften mußten ihre ganze Autorität einsetzen, und sie haben die Kräfte der Arbeiter in den düstersten Farben gemalt, um sicher zu sein, daß sie die Wiederaufnahme der Arbeit erreichen würden. Sie hüteten sich wohl, ihnen die neuen Texte mit den Verpflichtungen zu zeigen, die sie gegenüber der Betriebsleitung eingegangen waren. Erst seit dem 21. Mai, mehr

als eine Woche später, hat die C.F.D.T. auf den Druck der Basis hin die Verteilung einiger Texte zugelassen. Die Abstimmung, die die Gewerkschaften durchführen ließen ging auch nicht um Abbruch oder Weiterführung des Streiks, sondern um Zustimmung oder Ablehnung "der von der Gewerkschaft eingeschlagenen Richtung". Damit sollten diejenigen, die für die Fortführung des Kampfes waren, gezwungen werden, sich direkt gegen die Gewerkschaften zu stellen und somit zu isolieren. Resultat: nur 1879 Arbeiter haben für die Fortführung des Streiks gestimmt. Die Gewerkschaften versichern dabei, sie seien überall von der Mehrheit der Arbeiterschaft unterstützt worden. Auch hier ist genauer zu untersuchen, wer die 6275 Arbeiter waren, die mit "Ja" für die "Gewerkschaftsrichtung" gestimmt haben.

Noch vier Tage zuvor hatten sich 4000 Arbeiter für die Fortsetzung der Bewegung ausgesprochen. Dann, bei der von der Direktion bezahlten Informations- und Abstimmungsverammlung sind alle Streikbrecher und Spitzel erschienen. Man kann sich schwer vorstellen, daß die für die Fortsetzung des Streiks gestimmt haben. Das heißt aber, daß bei ihren 6275 Ja-Stimmen die Gewerkschaften sich rühmen können, von 2000 bis 3000 Streikbrechern unterstützt worden zu sein. Das waren dann dieselben, die man eine Woche vorher aus den Werkstätten jagen mußte, und die nur zu froh waren, auf diese Weise von der "Gewerkschaftsdemokratie" profitieren zu können. Rechnet man zusammen, so haben etwa zweibis dreitausend zum Kampf entschlossene Arbeiter an der Abstimmung gar nicht teilgenommen; das heißt aber auch, daß auf die Weise 5000 Arbeiter bloß deshalb einer Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit folgen mußten, weil sie die Beteiligung der Streikbrecher an der Abstimmung trotz langer Proteste nicht verhindern konnten.

Die Gewerkschaften behaupten, v  
von 75% der Arbeiter unterstützt  
worden zu sein. In wirklich-  
keit waren es etwa 35 bis 40%  
von denen, die den Kampf von  
Anfang an mitgemacht hatten.  
Darunter befinden sich zudem  
noch die Gewerkschaftsmitglie-  
der, die einfach noch nicht  
wagten, den Bruch mit ihrer Or-  
ganisation ganz zu vollziehen.  
Das Unbehagen gegenüber der Rol-  
le der C.G.T. und der C.F.D.T.  
im Streik fand auch vielfach  
Ausdruck - unter anderem durch  
die Rückgabe von 300 Mitglieds-  
ausweisen an die C.G.T.

### VERTEIDIGEN ODER ANGREIFEN?

Sehr viele Arbeiter waren zur  
Fortführung des Streiks ent-  
schlossen, und die Gewerkschaf-  
ten wussten dies ganz genau.  
Wenn sie die Bewegung gestoppt  
haben, dann, weil sie kein Ver-  
trauen hatten in das Durchhalte-  
vermögen der militanten Ausein-  
andersetzung. Unter denen, die  
über den Stopp der Aktion auf-  
gebracht waren, sind sehr viele  
Jungarbeiter, die seit mehreren  
Monaten und durch zahlreiche  
Konflikte hindurch ihre Kampf-  
bereitschaft bewiesen haben.  
Diese Jungen oder "Kleinen", wie  
die Gewerkschaften sie nennen,  
sind die Urheber von Kämpfen,  
die durch Form und Ziel häufig  
die "Spezialisten" des Lohnkam-  
pfes verwirrt haben. Die Gewerk-  
schaften sind es gewohnt, sich  
für präzise Forderungen einzu-  
setzen. Hier nun hatten die aus-  
brechenden Bewegungen oft keine  
präzise Richtung. Bei den Streiks  
der Motorenarbeiter im Februar  
kam die Gewerkschaft, um sich  
nach den Zielen zu erkundigen  
und es gab keine. Man musste  
dann extra eine Liste von For-  
derungen austüteln, ohne die  
man nicht "verhandeln gehn" könne.

Die Gewerkschaften sind angesichts  
des militanten Flügels in der Fabrik  
verunsichert. Die traditionellen  
Gewerkschaftskämpfe wurden nach er-  
probtem Muster geführt, die Zeit  
der Arbeitsniederlegung war vorher  
festgelegt von der Organisation  
und wurde exakt und in Ruhe und

Ordnung befolgt. Während des ganzen  
letzten Streiks wurden die alten  
Formen verworfen, und die Direk-  
tion, die das "Streikrecht zu re-  
spektieren weiss", musste einen  
Aushang machen, in dem es hiess:  
(28. April) "1.) Im Falle eines  
Streiks hat das Personal die Werk-  
stätten und Büros auf dem gewohn-  
ten Wege zu verlassen. Manifestatio-  
nen und Umzüge auf dem Betriebsge-  
lände sind ausdrücklich verboten.  
2.) Als normale Ausübung des Streik-  
rechts gelten nicht: Kurze und un-  
vorhergesehene Arbeitsniederlegun-  
gen, die zur Desorganisation der  
Produktion und der zu leistenden  
Arbeit führen ... und die willkür-  
licher Verringerung des Arbeitstem-  
pos.

3.) Drohungen, das unter Druck set-  
zen und Ausschreitungen gegen ar-  
beitswillige Personen werden als  
Angriff auf die Freiheit der Arbei-  
ter und schwere gesetzwidrige Ein-  
mischung gewertet, was Strafen bis  
zum Verlust des Arbeitsplatzes nach  
sich ziehen kann..."

Durch diese Bewegung, mit ihren  
Maximalforderungen von zwei 500  
Franc-Prämien, die alle vorangegan-  
genen Kämpfe zusammenfasste und sich  
nicht scheute, den legalen Rahmen  
zu verlassen, um die Firmenleitung  
auf dem Feld ihrer Autorität und  
Ordnungsfunktion auf dem Fabrik-  
gelände anzugreifen, waren die Ge-  
werkschaften unsicher geworden.  
Sie fürchteten, daß alle anderen  
Arbeiter, die für die Erfüllung  
präziser Forderungen waren,  
bald genug haben würden von einer  
Auseinandersetzung, die mehr und  
mehr auf die vollständige Desorga-  
nisation der Produktion abzielte  
und die nirgends hin zu führen  
schien. Gewohnt, sich zu schlagen  
für "die Rechte der Arbeiter", wa-  
ren die Gewerkschaften bei Berliet  
nicht bereit, die zu unterstützen,  
die das Recht der Unternehmer ra-  
dikal in Frage stellen wollten. Die  
Gewerkschaften entschieden, sich,  
nicht ohne Zögern, dafür, die  
Bewegung zu stoppen und sich so  
gegen den Willen von mehreren tau-  
send Arbeitern zu stellen. In dem  
Flugblatt, das die Ergebnisse der  
Abstimmung veröffentlichte, versuch-  
ten sie sich folgendermassen zu  
rechtfertigen: "Wir begreifen die

menschliche und kämpferische Reaktion von 25 % der Arbeiter, die trotz unserer Erklärungen und der 6 Wochen Streik entschlossen waren, den Kampf fortzusetzen. Müssten die Funktionäre der Gewerkschaftsorganisationen nicht die Verantwortung für die zukünftige Entwicklung der Lohnforderungen tragen, hätten sie sicher genauso gestimmt. Aber den Kampf leiten heisst nicht nur die genaue Analyse jeden Tages zu betreiben, sondern auch an den Ausgang der Bewegung zu denken." Dieser "Ausgang" lässt sich allerdings verschieden interpretieren.

#### "REALISTEN WAREN DIE JUNGARBEITER"

Die militante Richtung, die seit mehreren Monaten den Kampf bei Berliet geführt hat, ist als "unverantwortlich" und "unrealistisch" hingestellt worden, weil sie keine präzisen Verhandlungsziele kannte, und weil sie neue, "illegale" Kampfformen anwendete. Tatsächlich war diese Richtung von einer grossen Anzahl von jungen Arbeitern repräsentiert worden.

Wenn gerade die jungen Arbeiter so kämpferisch sind, dann deshalb, weil sie noch neu sind in der Fabrik und sich noch nicht an die Roboterarbeit und an die von oben gewünschte Arschkriecherei angepasst haben. Die Ablehnung der kapitalistischen Arbeitsorganisation und die Ablehnung der Ausbeutung lässt sich nicht in Forderungen ummünzen, die sich aushandeln liessen. Was nicht heisst, daß diese Ablehnung kein Ziel hat. Das Ziel ist im Gegenteil sehr klar: nämlich die Abschaffung der Ausbeutung und Entfremdung in der Arbeit. Die militanten Jungarbeiter stellen also keine "unverantwortliche Tendenz" dar. Vielmehr handelt es sich um eine revolutionäre Richtung, die als solche einzig realistisch ist, da sie sich die Abschaffung der Grundlagen der Ausbeutung zum Ziel gesetzt hat.

Und die Gewerkschaften?

Zur militanten Gruppe bei Berliet gehören nicht nur die jungen Arbeiter, vielmehr gehören alle dazu, die die Produktionserhöhung verweigern, die die Betriebsleitung seit einem Jahr durchzusetzen versucht und die sich ebenfalls gegen die

aufgezwungene Neuordnung der Arbeit wehren. Weil der militante Teil bei Berliet die Produktionssteigerungen und eine solche Arbeitsorganisation angreift, kann er sich nicht mehr auf die Ebene aushandelbarer Forderungen begeben. Das ist sogar von einem Gewerkschaftsvertreter erkannt, wenn er sagt: "Das Problem veränderter Arbeitsorganisation ist unlösbar, weil sich darüber nicht verhandeln lässt." Die kapitalistische Arbeitsorganisation kann nicht "arrangiert" werden: man muss sie bekämpfen oder akzeptieren. Indem sie das Ziel der Zerstörung der kapitalistischen Organisation der Arbeit ernst nimmt, beweist die militante Richtung bei Berliet den revolutionären Charakter ihres Kampfes.

Die Geschäftsleitung hat sofort nach dem Streik mit Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten und Veränderungen in der Arbeitsorganisation die Initiative wieder übernommen. Gestärkt durch den Tarifvertrag und die Enttäuschung auf der Seite der Arbeiter nach dem Streik, tut sie alles, um die Ausbeutung wieder zu intensivieren. Durch die Versetzung von Arbeitern in andere Abteilungen versucht sie, die militantesten Gruppen, die sich im gemeinsamen Widerstand gegen Akkorde und Vorgesetzte gebildet haben, auseinanderzureissen. Auch die Gewerkschaftsorganisation bleibt von den Repressalien nicht verschont.

Wie wird jetzt die Antwort der Arbeiter lauten?

Eine revolutionäre Tendenz ist also permanent vorhanden, aber aus den verschiedenen Bewegungen, die es seit einem Jahr bei Berliet gegeben hat, sind noch keine organisierten Gruppen hervorgegangen, die aus der Zersplitterung der Kämpfe lernen und sie überwinden könnten. Es bleibt auch noch offen, ob sich diese revolutionäre Tendenz trotz Entmutigung und des erhöhten Risikos, der die Linke ausgesetzt ist, weiter entwickeln wird. Es ist auch weiter noch fraglich, ob sich die Gewerkschaften schließlich doch noch auf die Seite der Revolutionäre schlagen wird oder nicht. D. h.: Gibt es eine Zukunft für einen revolutionären Syndikalismus oder

werden sich die Gewerkschaften, indem sie bloß den Kampf um auszuhandelnde Forderungen führen und indem sie bei "legalen" Kampfformen bleiben, in Hilfswerkzeuge des Kapitals verwandeln?

Bei Berliet wollten die Gewerkschaften sich nur auf präzise Verhandlungsgegenstände einlassen und stellten sich so gegen die revolutionäre Richtung. Auf diese Weise mußten sie die Rationalität der Geschäftsleitung akzeptieren. Diese Rationalität hat sie zur Annahme eines Vertrags geführt, wo durch die Nivellierung der Forderungen der Arbeiter auf Lohnentschädigungen diese Forderungen kalkulierbar und in die Pläne der Geschäftsleitung integrierbar wurden. Gleichzeitig wird den Arbeitern jetzt verboten, für ihre Befreiung zu kämpfen, wann und wie sie es gut finden. In Be-

zug auf die Gewerkschaften ist noch alles offen: Gleich nach Unterzeichnung des Vertrages hat die Metallbeteiligung der CFDT ein Kommuniqué veröffentlicht, das die Zustimmung zu r Stillhalteklausele bei Berliet verurteilt. Die Debatte ist also hier eröffnet.

Von den Fähigkeiten der revolutionären Bewegung hängt es ab, aus dem gerade beendeten Kampf ihre Lehren zu ziehen. Die revolutionären Gewerkschaftler ihrerseits müssen in den zukünftigen Kämpfen beweisen, daß sie nicht zu denen gehören, die die Kämpfe auf halbem Wege einstellen wollen.

(CAHIERS DE MAI, NR. 21, JUNI 1970)

## INTERNATIONALES SEMINAR IN FLORENZ

POTERE OPERAIO (Arbeitermacht), eine der wichtigsten außerparlamentarischen Fraktionierungen in den italienischen Klassenkämpfen der letzten Jahre, hatte Gruppierungen ähnlicher politischer Richtung aus Westeuropa vom 23. bis 26. August zu einer Diskussion über Möglichkeiten der konkreten Zusammenarbeit eingeladen. Die Diskussionen während des Seminars zeigten die klare Führungsposition des politischen und organisatorischen Standes der italienischen Klassenkämpfe in Europa; allein in Italien hatte die Politik der kämpferischen Interventionen in Großbetrieben einen Umfang und eine Häufigkeit erreicht, die es erlaubten, die Diskussionen in den Kategorien von Verallgemeinerung und Organisation zu führen. So entsprang das erste Seminar dieser Art, das P.O. veranstaltete, auch primär dem Bedürfnis und der Notwendigkeit für diese Bewegung, den Bemühungen des italienischen Kapitals um eine internationalisierte Lösung seiner Probleme (Arbeitslosigkeit, Unterentwicklung, Währungsstabilität und Inflation, Infrastruktur) adäquate Lösungsstrategien entgegensetzen.

Die wichtigsten Punkte dieser Analyse sollen hier nur in Stichworten angedeutet werden; sie werden in der nächsten Nummer der SC ausführlich dokumentiert werden.

So waren für die deutschen Genossen aus Bremen (ArPo), Heidelberg (SDS), Bochum (ML) und Frankfurt (BPG, KG, Roter Gallus) auch die Analysen der objektiven und subjektiven Grundlagen einer konkreten internationalen Zusammenarbeit sowie die Beispiele für die Interventionen der italienischen Genossen (FIAT, Porto Marghera) interessanter als die Berichte von der Arbeit revolutionärer Gruppen in Spanien, Frankreich (Renault) und Detroit (Ford), die eher als Dokumentationen denn als politische Diskussionsbeiträge formuliert waren. Die Internationalisierung des Kapitals vor allem in der Automobil- und Chemieindustrie (in Hinblick auf Finanzierung, Technologie und Management) entspricht demnach auf der Seite der Arbeit Nivellierung und Entpolitisierung durch Emigration, Mobilität und nationale Spaltungsstrategien. Die wichtige Funktion der italienischen Binnenwanderung für die Klassenkämpfe in Nord-

italien läßt es zu einer entscheidenden politischen Frage werden, ob die internationale Arbeiterklasse in der Lage ist, die systematisch eingesetzten sprachlichen, sozialen und nationalen Barrieren kämpferisch zu überwinden. P.O. hat damit eine Avantgarde tatsächlicher (Frankreich, Belgien, Schweiz) oder möglicher Interventionen (BRD) bezeichnet, die bisher von keiner deutschen nicht-revisionistischen Gruppe systematisch untersucht worden ist.

Mit Beispielen praktischer Interventionen bei FIAT und Porto Marghera (Venedig) versuchte P.O. deutlich zu machen, worin sie sich inhaltlich und organisatorisch von den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung unterscheidet. Ihrer Analyse zufolge stellt sich durch die zunehmende direkte und indirekte staatliche Beteiligung an Wirtschaftsunternehmen sowie Regulierung der Wirtschaft und Infrastruktur das Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf heute anders: eine gelungene Intervention etwa bei einem Unternehmen der Größenordnung von FIAT erfordert unmittelbar staatliche Reaktionen nicht nur auf der Ebene des Polizeieinsatzes, sondern hat z.B. auch wirtschaftspolitische Konsequenzen. P.O. führt etwa die politische Dauerkrise in Italien auf die anhaltenden Arbeitskämpfe zurück. Das ist das Kriterium für den Ansatz an Kämpfen in strategisch relevanten Großbetrieben für eine erste Phase von vereinzelten Kämpfen. Für die Inhalte der Kämpfe ergeben sich dadurch jedoch qualitative Kriterien, die P.O. unter der Parole "Ablehnung der Arbeit" zusammenfaßt: den Kampf gegen die Bindung des Einkommens überhaupt an individuelle oder kollektive Produktivität und schließlich an Arbeit überhaupt. Diese Parole hat sich, in tausend Einzelparolen übersetzt, als zentrales Konfliktmoment für unzählige Abteilungs- und Betriebskämpfe gegen die Ausbeutung und die Ursachen, Methoden und Folgen der kapitalistischen Produktionsweise bewährt; P.O. sieht darin z.B. einen Grund für das politische Überleben und die Entwicklung ihrer Organisation im Gegensatz etwa zur (nicht mehr existenten) "Unione", die keine ähnliche Konzeption für die autonome Organisation Kampfes entwickeln konnte und darum ihren ursprünglichen Zulauf wieder verlor.

P.O. versteht sich jedoch explizit als politische Organisation leninistischer Prägung, nicht als syndikalistisch. Ihre eigene Organisationsstruktur ist ein politisches Bedürfnis, das sich aus Inhalt und Formen der Kämpfe entwickelt und sich darum überhaupt erst auf einer bestimmten Stufe der Bewegung stellt. In der eigenen Geschichtsschreibung hat P.O. jetzt nach der Phase der vereinzelten, spontanen Kämpfe und der Phase der organisierten Spontaneität, wie sie in der Organisationsform der "comitati di base" zum Ausdruck kommen, eine Stufe erreicht, wo alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durch eine kämpferische und organisatorische Kontinuität aller politischen Kader erfaßt werden müssen. Die "Comitati Operaï" (Arbeiterkomitees) sind darum zu verstehen als politische Zellen, die nicht nur Betriebskämpfe initiieren, sondern auch in der Lage sind, die Arbeiter eines Betriebes zu explizit politischen Inhalten zu mobilisieren. Ein erster Schritt in diese Richtung war der Versuch von P.O. in der ersten Septemberwoche, auf die Maßnahmen der Regierung Colombo mit politischen Streiks bei FIAT zu reagieren; ein anderer Ausdruck für die Einsicht in die Notwendigkeit verbindlicherer und kontinuierlicherer Organisationsformen war der Beschluß, sich in der Form einer leninistischen (nicht parlamentarischen) Partei zu konstituieren.

Die Klärung der politischen Prämissen einer internationalen Zusammenarbeit wird nach diesem ersten Informationsseminar Gegenstand eines weiteren Seminars Mitte Oktober in der Schweiz sein. Die deutschen Genossen werden bis zu diesem Zeitpunkt ihre strategische Einschätzung der Arbeit mit ausländischen Arbeitern genau klären und zu der Gewichtung der P.O. Stellung nehmen müssen. P.O. vertritt die Ansicht, daß die ausländischen Arbeiter Bestandteil des Proletariats des jeweiligen Landes und gleichzeitig dessen Avantgarde seien.

(Der ausführliche gemeinsame Bericht erscheint in der nächsten SC)

Zur Situation in Italien vgl. auch: SC-Info Nr. 38/39, 42/43, 44 u. 45

# DER PILKINGTON-STREIK

Der letzte Glasarbeiterstreik von St. Helens gehört sicher zu den bedeutendsten Streiks der letzten Jahre in Großbritannien, dies weniger wegen seines Ausmaßes oder der Dauer - 8000 Arbeiter, zeitweise sogar noch mehr, hatten ohne Streikunterstützung für über 6 Wochen die Arbeit niedergelegt - noch aufgrund der Härte, die den Streik besonders in der zweiten Phase kennzeichnete; so wurden streikende Arbeiter für geringfügige Gesetzesverstöße von den örtlichen Gerichten nur wenige Stunden nach ihrer Festnahme als Streikposten kollektiv zu Gefängnisstrafen verurteilt. Bedeutsamer ist die Tatsache, daß der Streik ein Symptom für die zunehmende Unruhe derjenigen Arbeiter ist, die man als "organisierte Unorganisierte" bezeichnen könnte, Arbeiter, die nominell der Gewerkschaft angehören, aber tatsächlich nicht über die organisatorischen Mittel zur Durchsetzung von Löhnen und Arbeitsbedingungen verfügen. Gerade diese Arbeiter wurden am härtesten von der fünfeinhalbjährigen "Einkommensplanung" und Lohnstoppolitik betroffen.

Die Pilkington-Arbeiter gehörten einer Gewerkschaft an, in der wahrscheinlich mehr als in allen anderen solche Arbeiter organisiert waren, der G&MWU (General Municipal Workers Union), die dafür bekannt ist, ihren Mitgliedern selbst die elementarsten demokratischen Rechte zu verweigern. Die hauptamtlichen Gewerkschaftsführer müssen sich nur einmal in ihrem Leben zur Wahl stellen, der sogar noch eine zweijährige "vorläufige" Amtsernennung vorausgeht. Kein Kandidat kann sich ohne Zustimmung des Nationalen Exekutivkomitees, das zur Hälfte aus hauptamtlichen Funktionären besteht, zur Wahl aufstellen lassen. Die Wahl erfolgt meist durch die Mitglieder der Ortsverwaltungen, aber größere

Ortsverwaltungen werden von hauptamtlichen Verwaltungsekretären geleitet, die von oben ernannt werden. In den kleineren Verwaltungsstellen nimmt der Sekretär zumeist eine hauptamtliche Funktion ein, da er 10 % der Mitgliedsbeiträge erhält - und einmal gewählt, kann er von unten nicht abgesetzt werden. In St. Helens war es nur den Vertrauensleuten erlaubt, an den Versammlungen der Ortsgruppe teilzunehmen und zu wählen. Das schloß den bürokratischen Zirkel auf lokaler Ebene, da die Funktionäre der Ortsgruppe Vetorecht gegen die Ernennung neuer Vertrauensleute hatten. Um aber die bürokratische Kontrolle gegen jede mögliche Herausforderung vollständig zu machen, besitzt die G&MWU Statuten, die die Kommunikation - außer auf den ordentlichen Kongressen - verhindern und dem Exekutivkomitee ein Interventionsrecht gewähren, falls Abweichungen sich irgendwo durchzusetzen scheinen. So wurde 1947 das Londoner Bezirkskomitee reorganisiert und prominente örtliche Gewerkschaftsfunktionäre, darunter ein Labour-MP, nach einem Streik im Savoy-Hotel ausgeschlossen.

Das Ergebnis dieser Organisationsstruktur sah in St. Helens einfach so aus: seit 1926 hatte es keinen Streik der Glasarbeiter gegeben. Obwohl diese nicht unbedingt zu den niedrigen Einkommensempfängern zu zählen sind, müssen sie, um annähernd den nationalen Durchschnittslohn zu erreichen, Arbeitsbedingungen akzeptieren (wie durchgehende Schichtarbeit, reguläre Nacht- und Wochenendarbeit, viele Überstunden), denen die meisten der organisierten Arbeiter sich immer noch widersetzen. Auf jeden Fall hatten sie unter dem Lohnstopp mehr zu leiden als andere: Ein Vertrauensmann schätzte, daß die Löhne seit 1964 nominal um 0.9 % gestiegen sind.

Der Streik brach jedoch auf eine vollkommen unerwartete Weise aus. Obwohl manchmal schon so etwas

wie ein plötzlicher Ausbruch für St. Helens prophezeit worden war, hätte niemand vorhersehen können, was dann tatsächlich geschah.

Die ersten Arbeiter streikten aus Protest gegen eine geringe Unstimmigkeit in der Lohntüte. Erst als sie die Arbeit niedergelegt hatten und ihre eigene Stärke feststellen konnten, erhoben sie die Forderung nach einer Lohnerhöhung von einer halben Krone pro Stunde (ca. DM 1.20) und planten, den Streik auf andere Abteilungen auszuweiten. Innerhalb von einigen Tagen ruhte in ganz St. Helens die Arbeit. Mit der Ausbreitung des Streiks stiegen auch die Forderungen, nämlich auf eine Erhöhung der Grundlöhne auf 10 Pfund.

In den ersten Wochen reagierte die Gewerkschaft auf den Streik weniger mit offener Feindseligkeit als mit völliger Unfähigkeit. Die alten Vertrauensleute bildeten zwar ein Streikkomitee, dem auch einige militante Arbeiter angehörten, aber da sie jahrelang eine privilegierte Position in der Fabrik eingenommen hatten (z.B. waren ihre Arbeitsverpflichtungen rein nomineller Art, um sie für ihre "gewerkschaftlichen Verpflichtungen" freizustellen), waren sie weder fähig, den Streik wirksam zuzuspitzen, noch konnten sie die Arbeiter dazu bringen, die Arbeit wiederaufzunehmen. So geschah es zu Beginn des Streiks, als sogar einige der militanten Arbeiter bereit waren, einen Rückzug aus taktischen Gründen zu unterstützen, daß ein Sprecher der G&MWU diese Empfehlung auf einem Massentreffen in einem solchen Tone vortrug, daß die Ablehnung durch die Masse der Arbeiter sichergestellt war.

Das Basis-Komitee, das gegen Ende der zweiten Streikwoche entstand, bestand keineswegs aus erfahrenen militanten Arbeitern. Die große Mehrheit seiner Mitglieder besaß keine gewerkschaftlichen oder politischen Erfahrungen. Einige wenige hatten Erfahrungen in der Labour-Party

gesammelt und nur ein Arbeiter hatte lockeren Kontakt mit der revolutionären Linken. Die KP besaß keinen direkten Einfluß, aber einer ihrer Aktivisten, der auf einer nahen Baustelle arbeitete, übte in bestimmten Phasen des Streiks einen indirekten Einfluß aus. Trotz allem versuchten Teile der Presse das Ganze als ein Komplott von "International Socialism" und/oder den Maoisten hinzustellen.

Es wäre auch falsch anzunehmen, daß das Basis-Komitee von Beginn des Streiks an mit Haß und Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsfunktionäre erfüllt gewesen wäre. Das Komitee wurde von den Arbeitern gebildet, um offensichtliche Lücken der bestehenden Organisation zu füllen, wie sie sich zeigten in der Unfähigkeit, einen Warenboykott zu organisieren oder den Streik auszuweiten, und der Weigerung, Streikunterstützung zu zahlen; vor allem in dem Zögern der Gewerkschaften, Entscheidungen vor Massenversammlungen zur Abstimmung zu bringen. Erst als die Gewerkschaft von halberziger Kooperation mit den Streikenden zu offener Feindseligkeit und zu Versuchen, den Streik zu brechen, überging (etwa nach 14 Tagen Streik), begann das Bezirks-Komitee sich gegen die Gewerkschaft zu wenden.

Die Unerfahrenheit und der Mangel an einer Kampftradition ließ die Streikführer offensichtliche Fehler begehen. Obwohl sie den ersten Versuch der Gewerkschaft zur Organisation einer geheimen Streikabstimmung ablehnten, stimmten sie einer zweiten Abstimmung zu, da sie glaubten, daß die Arbeiter, die, auf Massenversammlungen ihrer kollektiven Stärke bewußt, mit dem Streik solidarisch waren, sich in häuslicher Isolation in gleicher Weise entscheiden würden. Es stellte sich aber heraus, daß es nur durch Tricks bei der Abstimmung dem Streikkomitee gelang, trotz einer knappen Mehrheit für die Arbeitsaufnahme den Streik fortzusetzen. Trotzdem wurde der

Streik dadurch geschwächt. Die Zahl der Streikbrecher stieg auf etwa ein Viertel der Beschäftigten. Die staatlichen Behörden fühlten sich jetzt eher in der Lage, den Streik zu unterdrücken, indem sie Streikposten verhaften ließen, berittene Polizei vor die Werkstore schickten etc. Schließlich zeigte sich die Unerfahrenheit des Komitees in der abschließlichen Wiederaufnahme der Arbeit, die auf der Basis eines Abkommens mit der Gewerkschaft und dem Vorsitzenden des TUC zustande gekommen war, das sich aber später als völlig wertlos erwies. Zu diesem Zeitpunkt konnte einer der besten Aktivisten des Streiks noch die Fragen stellen: "Wenn man nicht dem Vorsitzenden des TUC trauen kann, wem sonst kann man dann noch trauen?" Jetzt weiß er es.

Trotz dieser Fehler hat das Basiskomitee sich innerhalb der Fabrik eine starke Position erhalten können. Die meisten Arbeiter haben die bürokratischen Täuschungsmanöver der G&MWU erkannt. Die erste Tat nach der Wiederaufnahme der Arbeit bestand darin, daß in einer Abteilung nach der anderen auf Abteilungsversammlungen neue Vertrauensleute gewählt wurden. Jedoch Unternehmensleitung und Gewerkschaft erkennen nur die alten Vertrauensleute als Verhandlungspartner an. Der formale Aufbau der Gewerkschaft verwehrt es den Arbeitern nicht nur, irgendwelche Veränderungen in der Spitze durchzuführen: jetzt wird sogar minimale demokratische Repräsentation an der Basis im Betrieb unmöglich.

Die Erfahrungen mit einer so rigiden bürokratischen Herrschaft veranlaßte anderswo die Aktivisten und mit ihnen die Masse der Arbeiter, aus der G&MWU auszutreten und sich anderen Gewerkschaften anzuschließen. Das bestbekannte Beispiel hierfür war der Fall Ford-Hale-

wood (Liverpool), wo die Mitglieder die G&MWU auflösten und sich später der T&OWU anschlossen (1).

Das Basiskomitee von Pilkington würde diesem Beispiel gerne anschließen. 4000 Arbeiter haben bereits Formulare unterschrieben, durch die die Geschäftsleitung beauftragt wird, das Einsammeln von Gewerkschaftsbeiträgen durch das Lohnabzugsverfahren einzustellen. Diese Arbeiter würden sich am liebsten der T&GWU anschließen, da sie wissen, daß diese Gewerkschaft zwar den Kampf nicht aktiv unterstützt und anheizt, daß sie aber wenigstens nicht als Streikbrecher auftritt und Kämpfe zu verhindern sucht. Allerdings ist keineswegs sichergestellt, daß die T&GWU die Arbeiter von Pilkington aufnehmen wird und sich so eines Bruches des Brindlinton-Abkommens (2) in einem Unternehmen schuldig machen wird, in dem sie keine Verhandlungsrechte besitzt. Sie liefe dadurch Gefahr, einen Kampf um die Mitglieder quer durch die ganze Industrie zu eröffnen.

Die Alternative, die vom Pilkington-Streikkomitee erwogen wird, ist der Versuch, eine neue Gewerkschaft vorzubereiten. Aber es gibt hier Präzedenzfälle, die den Erfolg eines solchen Unternehmens fragwürdig erscheinen lassen. Von der "United Clothing Workers Union" zu Beginn der 30er Jahre bis hin zu den "blauen Gewerkschaften" der nördlichen Häfen Großbritanniens in den 50er Jahren waren die Probleme immer die gleichen: wie kann man ohne große finanzielle Mittel und angesichts der Ablehnung der etablierten Gewerkschaften existieren, wenn die Unternehmen einen Anerkennungskampf erzwingen. Arbeiter, die auf dem Höhepunkt des Kampfes um Löhne und Arbeitsbedingungen ohne Zögern mit den bestehenden reaktionären Gewerkschaften zu brechen bereit sind, mögen dann später nicht mehr bereit sein, weiteren Verzicht, weiteres Leid auf sich zu

nehmen, um eine neue Organisation zu verteidigen. Die Gefahr ist groß, daß eine schrumpfende Anzahl von bewußteren Aktivisten allein den Kampf führt, während die übrigen Arbeiter in die reaktionären Gewerkschaften zurückkehren oder unorganisiert bleiben. Diese Probleme entstehen jedoch auf dem Hintergrund eines Erfolgs des Pilkington-Streiks, nicht auf irgendeiner Niederlage. Den schon sind einige Konsequenzen des Streiks klar geworden. Zunächst wurde der repressive Paternalismus bei Pilkington zerschlagen, der sich so schnell nicht wieder einstellen wird. Eine unterschwellige Tradition der Klassensolidarität, die seit Jahren bis zur Unkenntlichkeit verschüttet war, wurde in den Wochen eines bitteren und harten Streiks wiederbelebt. Diese Ergebnisse des Streiks werden auch nicht auf St. Helens beschränkt bleiben. Bis zum Leyland-Streik im letzten Jahr war Mittel-Lancashire eine Gegend mit wenig kämpferischer Tradition und mit einem niedrigen Lohnniveau. Heute sind wir Zeugen einer neuen kämpferischen Gewerkschaftsbewegung an der Basis, wie es für die angrenzende Merseyside seit dem Dockarbeiterstreik von 1967 charakteristisch wurde.

Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß die Erfahrungen von St. Helens sich in den kommenden Monaten an anderem Ort und in anderer Form ständig wiederholen könnten. In einer Anzahl von Industriezweigen beginnen Arbeiter, die bisher nur nominal gewerkschaftlich organisiert waren, die Möglichkeit der Aktion zur Verbesserung ihrer Situation zu erkennen. Von daher erklärt sich sowohl die Größenordnung der gegenwärtigen Lohnforderungen - ziemlich allgemein werden 5 Pfund mehr pro Woche, d.h. eine Anhebung der Löhne um ca. 20-30 %, gefordert - aber auch die sich verändernde Form der Streiks, die immer härter und länger werden. Es sind eben diese

Streiks, die für die revolutionäre Linke die größten Chancen für Interventionen eröffnen. Denn Aktivisten ohne Kampferfahrungen sind gezwungen, sich mit den Realitäten des Lebens in einer Klassengesellschaft vertraut zu machen - und nur die revolutionäre Linke hat dazu etwas auszusagen. In St. Helens lobten Arbeiter, die weit davon entfernt waren, Revolutionäre zu sein, "Socialist Worker" (3) (und zweifellos auch andere ~~maxi~~ revolutionäre Zeitungen, die sie während des Streiks zu Gesicht bekamen), weil sie allein in ihnen die Wahrheit über ihre eigenen Erfahrungen lesen konnten. Die Chancen solcher Interventionen werden eher noch zunehmen, wenn im Herbst dieses Jahres die bereits angekündigte Rückkehr der Regierung zu einer Politik des Lohnstopps Wirklichkeit wird. Schließlich kann sogar die monolithisch organisierte G&MWU nicht immer gegen den Widerstand, der heute an ihrer Basis entsteht, immun bleiben. Die Bürokratisierung der Gewerkschaft war nicht nur ein Produkt der Korruptheit ihrer Führer, sie entspricht in gleichem Maße der Zurückgebliebenheit und dem Fehlen einer militanten gewerkschaftlichen Massenbasis. Es gab zu keinem Zeitpunkt militante Gruppen in der G&MWU, die sich mit den Londoner Busfahrern und den Dockarbeitern in der T&GWU zur Zeit Deakins vergleichen ließen (3).

Es ist bezeichnend, daß die letzte Herausforderung der Gewerkschaftsführung durch eine militante Basis im bekanntlich schwierig zu organisierenden Hotelgewerbe stattfand (1947). Nicht zuletzt hatte gerade die Verwaltungsstelle St. Helens niemals zuvor ihrer Gewerkschaftsführung Schwierigkeiten gemacht. Sie war die Hausmacht von Lord Cooper (dem zum Lord ernannten rechten Vorsitzenden der G&MWU, Anm.d.Ü.). Heute beginnen sich jedoch die Mitglieder der G&MWU in einer ganzen Reihe von Industriezweigen zu reggen. Die eingefleischte Bürokratie, gestützt

auf Organisationsstatuten, die eigens zur Verhinderung einer demokratischen Kontrolle der Organisation durch ihre Mitglieder zugeschnitten wurde, sitzt wahrscheinlich fest im Sattel. Sie kann oppositionelle Vertrauensleute ausschließen, ganze Verwaltungsstellen auflösen und neu organisieren usw. Aber dafür wird sie weiteren Mitgliedsschwund hinnehmen müssen, der ohnehin seit Beginn der 50er Jahre beträchtlich war und zusätzlich wird sie eine wachsende Gegnerschaft an der noch verbliebenen Basis in Kauf nehmen müssen. Die Gewerkschaftsbürokratie kann selbst mit ihrem Verhalten bei Pilkington nicht zufrieden sein, denn Unternehmer werden sich über Gewerkschaften beschweren, die solch eine geringe Kontrolle über ihre Mitglieder besitzen. Daher ist es möglich, daß innerhalb der Bürokratie die Bestrebungen nach Strukturveränderungen wachsen werden, die den Erfordernissen der neuen Situation entsprechen. Obwohl das zunächst bürokratische Anpassungsprozesse und nicht Schritte hin zu einer demokratischen Kontrolle der Gewerkschaft auslösen wird, könnten die in solchen Situationen gewöhnlich entstehenden innerbürokrati-

schen Konflikte und Richtungskämpfe die Möglichkeiten für eine echte Basisarbeit überhaupt erst eröffnen.

aus "International Socialism", 44, Juli/August 1970, übersetzt von Volkhart Mosler

Anmerkungen:

(1) Die G&MWU hatte im Fordarbeiterstreik 1969 ihren Mitgliedern jede Streikunterstützung versagt, während die T&GWU den Streik offiziell machte und unterstützte. Beide Gewerkschaften waren in den Fordbetrieben stark vertreten.

(2) Das Bridlington-Abkommen verbietet den stark zersplitterten englischen Gewerkschaften das gegenseitige Abwerben von Mitgliedern und sieht sogenannte Demarkationslinien für die einzelnen Gewerkschaften vor. Trotzdem kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen und Abwerbungsversuchen, allerdings selten in dem Ausmaß wie im Falle Ford-Halewood oder Pilkington.

(3) Deakins war ein rechter Gewerkschaftsführer der T&GWU in den 50er Jahren.

---

## **Westberliner Buchladen Kollektive**



Marxistische Theorie

Psychologie • Pädagogik

*Das Politische Buch*

1 Berlin 15, Lützenburger Str. 99

Tel.: (0311) 883 25 53

*Buchhandlung Karin Röhrbein*

1 Berlin 12, Savignyplatz 5

Tel.: (0311) 32 29 83

*Jürgens Buchladen*

1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40

Tel.: (0311) 769 16 25

**Wir arbeiten zusammen**

**Wir kontrollieren die Profite gemeinsam**

**Wir bauen Handarchive auf:**

**Zeitschriften: Das Politische Buch**

**Psychologie, Erziehung:**

**Buchhandlung Röhrbein**

**Marxistische Theorie: Jürgens Buchladen**

**Wir verschicken gemeinsame Literaturlisten**

# Rosa Luxemburg und die Oktoberrevolution 1917

Mit "Die russische Revolution" von Rosa Luxemburg und Texten von Cliff, Fröhlich und Netti zu diesem Thema. Ausführliche Bibliographie.

**3,00** Ab 10 Exempl. 2,30

# Friedrich Engels: Ursprung der Familie, des Staats und des Privateigentums

Nachdruck aus der MEW, vollständiges Register und einem Vorwort von I. Kudas aus der Zeitschrift "Unter dem Banner des Marxismus": "Wie Engels von der bürgerlichen 'Wissenschaft' widerlegt wird". Über 200 Seiten insgesamt.

**4,00** Ab 10 Exempl. 3,00

# Zur stalinistischen Philosophie

Mit Beiträgen von O. Negt ("Zur Genese der stalinistischen Philosophie"), J. Schleifstein, A. Schmidt, T.F. Mohl und einem einleitenden Vorwort.

**3,00** Ab 10 Exempl. 2,30

**lukacs:** Geschichte und Klassenbewußtsein 6,00  
**lukacs:** Partei und Organisation 5,00  
Das rote Gewerkschaftsbuch 5,00  
**Grossmann:** Marx, die klassische nationalökonomie und das Problem der Dynamik 2,50  
**Horkheimer/Adorno:** Dialektik der Aufklärung 7,00  
**Horkheimer:** Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie 3,50  
**Habermas:** Logik der Sozialwissenschaften 6,00  
**Vera Schmidt u.a.:** Antiautoritäre Erziehung u. Kinderanalyse 4,50

Ab 10 Exempl. pro Titel 30% Rabatt. Lieferung nur per Nachnahme oder Vorauszahlung auf das Postscheckkonto: Hmb. 2551 80, Spartakus GmbH, 2 Hamburg 13.

Weitere große Auswahl an sozialisierten Drucken. Liste anfordern!

# Vor- und Frühformen des Sozialismus

von Iring Fetscher  
Kurzer geschichtlicher Abriss einschließlich Karl Marx  
2. erweiterte Auflage mit bibliographischen Hinweisen und zahlreichen Abbildungen

**3,50** Ab 10 Exempl. 2,70

**Reich:** Funktion des Organismus 5,00  
**Reich:** Was ist Klassenbewußtsein? 3,00  
**Reich:** Dialektischer Materialismus u. Psychoanalyse 3,50  
**Reich:** Der triebhafte Charakter 3,50  
**Reich:** Einbruch der Sexualmoral 3,50  
**Reich:** Der sexuelle Kampf der Jugend 3,50  
**Stalin:** Histomat und Diamat und die Grundlagen des Leninismus 3,00  
**Mao:** Über die Praxis / Über den Widerspruch 1,30



POLITISCHE BUCHMANDLUNG GmbH. · 2000 Hamburg 13, Schlüterstr. 86 · Tel. 0411/41 74 84

# STREIKS IN BELGIEN JAN - FEB 70

DOKUMENTATION UND ANALYSE

Zu beziehen durch:

Gerd Vorhoff, 51 Aachen, Hubertusstr. 8

Einzelpreis: DM 3.--

Versand (nur gegen Nachnahme, einschl. Porto)

Mindestabnahme 10 Stück: DM 2.--

## MEDIZINISCHE HILFE ---

Der "Rote Halbmond" benötigt dringend Antibiotika, Sulphonamide, Anti-Tetanus (T.A.T.) und Blutexpander. Sortierte Medikamente an: GUPS, 6 Frankfurt, Postfach 90-0862

## ANTIWAR GI'S SPEAK OUT

Interviews mit FORT JACKSON - GI'S VEREINIGT GEGEN DEN KRIEG.

die Gespräche stellen die Anfänge der anti-Kriegsbewegung von GI's in Vietnam dar und erzählen, wie eine Gruppe von GI's ihre rechte Wahrnehmung um ihre Opposition zum Krieg in Vietnam auszudrücken.

VORAUSZAHLUNG an:

Florian Rehs, Kassel, Rotenburgerstr. 28, Postscheckk.

1685 79 Frankf./ PREIS: DM 2.30